E&W
Erziehung & Wissenschaft 05/2013
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW



Kitas unter Druck

THOMAS MEYSEN



Foto: DIJuF

Mehr als Betreuungsquoten

Deutschland war noch 2004 ein geteiltes Land: Im Osten wurden rund 37 Prozent der Kinder im Alter von null bis drei Jahren in Tageseinrichtungen oder in Kindertagespflege gefördert. Der Westen hingegen war im nationalen und internationalen Vergleich mit einer Quote von 2,7 Prozent ein familien- und bildungspolitisches Entwicklungsland.

Politik hat reagiert. Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz 2005 und dem Kinderförderungsgesetz 2008 kam Schwung in die frühkindliche Erziehungs- und Bildungslandschaft. Und im August 2013 ist es soweit: Kinder haben vom ersten bis zum dritten Geburtstag einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Betreuung. Endlich.

Die Praxis ist auf dem Weg, schafft neue Tageseinrichtungen, erweitert vorhandene, baut die Kindertagespflege aus. Viele Eltern, die für ihr Kind, das jünger als drei Jahre ist, einen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen wollen, werden auch einen bekommen. Ein längst überfälliger Fortschritt für Frauen, Familien und die Förderung von Kindern.

Doch es hat sich herumgesprochen, dass nicht alle Kinder zum 1. August 2013 einen Krippenplatz ergattern werden. Und so scheinen Kommunen, Bund und Länder derzeit nur ein Thema zu kennen: die Betreuungsquoten. Die bisher diskutierten Zahlen sind jedoch mehr virtuell als real.

Wenn sich Bund, Länder und Kommunen 2008 auf eine Betreuungsquote von 35 Prozent geeinigt haben, dann war das eine politische Setzung – genauso wie die je eigenen Marken, die sich (westdeutsche) Landkreise und Städte als Ziele für den Krippenausbau gesteckt haben. Ab August 2013 sind diese Quoten Geschichte und es zählt nur noch, wie viele Eltern für ihren Nachwuchs tatsächlich einen Platz in einer Kita oder Tagespflegestelle beanspruchen. Im Bayerischen Wald oder in der Lüneburger Heide können es knapp über 20 Prozent sein, in einer westdeutschen Großstadt hingegen über 70 Prozent. Die Kommunen üben sich gerade im Zahlenorakel.

Nach allem, was sich abzeichnet, schaffen es wohl die meisten Kommunen, die Rechtsansprüche der Eltern zu erfüllen. Falls sich an einigen Orten nicht die Tore der Kitas für den Nachwuchs im Krippenalter öffnen sollten, bleiben Klagen sicher nicht aus. Sollte es tatsächlich zu einer Klagewelle kommen, dann gewiss nicht zu einer, auf der man oder frau surfen könnte.

Die Quotendiskussion wird sich dann erübrigen, wenn es eine gesicherte Infrastruktur gibt. Spätestens 2014 können wir damit rechnen, dass die Qualitätsdebatte ins Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit rückt. Den Rechtsanspruch im Rücken und einen gesicherten Platz vor Augen werden Familien darauf drängen, dass ihr Kind eine gute Förderung erfährt. Denn: Je jünger die Mädchen und Jungen sind, desto wichtiger ist die Qualität ihrer Betreuung.

Der Druck, der auf Kommunen und Einrichtungen lastet, ist daher kein Freibrief, um die Qualitätsstandards zugunsten von Betreuungsquoten und geringeren Kosten zu senken. Fakt ist: Der Westen nimmt es mit Blick auf den Stichtag 1. August mancherorts nicht mehr ganz so genau mit dem Fachkräftegebot und der Erzieherin-Kind-Relation. Und hier schließt sich der Kreis. Die ostdeutschen Bundesländer haben – auch im Vergleich zu den westlichen Nachbarn – nach wie vor erheblichen Nachholbedarf. Im Osten sind die realen Personalschlüssel nahezu doppelt so hoch wie in einigen westdeutschen Bundesländern.

Für die Krippenkinder brauchen wir Fachkräfte – und zwar die qualifiziertesten und ausreichend. Derzeit stößt die Qualitätsdiskussion allerdings an reale Grenzen. In etlichen Regionen in Deutschland gibt es viel zu wenig gut ausgebildetes Personal in den Einrichtungen. Der Fachkräftemangel darf aber kein Anlass sein, nicht auf das Niveau der Betreuung der Jüngsten zu achten. Er macht vielmehr deutlich, dass es notwendig ist, Anreize für den Job zu schaffen sowie in attraktive Arbeitsbedingungen zu investieren. Die Kinder und ihre Familien werden es danken.

Thomas Meysen, fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF)

Schwerpunkt: Kitas unter Druck: Zu wenig Personal und Angst vor den Klagen der Eltern Seite 6 ff.



Foto: Kay Herschelmann

Bildungspolitik: Gemeinschaftsschule in BaWü: Start unter schwierigen Bedingungen Seite 22 ff.



Foto: dpa

Hochschule: „Forschungsklau" – Schweigen aus Angst vor Karrierenachteilen Seite 38 f.



Cartoon: Freimut Wössner

Prämie des Monats Seite 5

Inhalt

Gastkommentar
Mehr als Betreuungsquoten Seite 2

Impressum Seite 3

Auf einen Blick Seite 4

Prämie des Monats Seite 5

Schwerpunkt: Kitas unter Druck
1. Erzieherinnen ... verzweifelt gesucht Seite 6
2. Was ein Kita-Platz kostet Seite 10
3. Interview mit Iris Nentwig-Gesemann: Qualität kann nicht verordnet werden Seite 12
4. Kooperation in den Kommunen: Gemeinsam für frühe Bildungschancen Seite 14
5. GEW-Kommentar: Bund soll Ausbau weiter finanzieren Seite 16
6. Eltern in Nöten: Zitterpartie um Plätze Seite 17
7. Auf dem Rechtsweg zum Kita-Platz Seite 18

Berufliche Bildung
Interview mit Jutta Roitsch: „In dir steckt doch mehr, mach was draus!" Seite 20

Bildungspolitik
1. Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg: Schulen sollen Lasten schultern Seite 22
2. Interview mit Thorsten Bohl: „Immense Herausforderung" Seite 25

Tarifpolitik
L-ego: GEW leitet Strategiewechsel ein Seite 26

Schule
1. Gesunde Schulverpflegung: „Da ist der Brokkoli grün" Seite 28
2. Schulaufsicht sucht neue Rolle Seite 30
3. Unterrichtsmaterialien der Wirtschaft: „... in weiten Teilen stark lenkend" Seite 31
4. Lärm – Licht – Luft im Klassenzimmer Seite 32

Gesellschaftspolitik
GEW-Kommentar zum 1. Mai: Appell für Politikwechsel! Seite 34

Frauen
Berufswahl der Mädchen: „Ich werde Mechatronikerin" Seite 35

Internationales
Weltsozialforum in Tunis: Zeichen für Demokratie Seite 36

Hochschule
Zweifelhafte Autorenschaft: „Forschungsklau" Seite 38

GEW-Gewerkschaftstag
Wahlvorschläge Seite 40

Recht und Rechtsschutz Seite 42

Fair Childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Die Schattenseiten der Smartphones: Geiz ist nicht geil! Seite 44

Leserforum / GEW-INTERN Seite 46

Diesmal Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 65. Jg.

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzender: Ulrich Thöne
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Renate Körner
Postanschrift der Redaktion: Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M.,
Telefon 069 78973-0, Fax 069 78973-202
renate.koerner@gew.de, www.gew.de

Redaktionsschluss ist in der Regel der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann, Heddernheimer Landstraße 144, 60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung: Stamm Verlag GmbH,
Goldammerweg 16, 45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0, Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de , www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 1. 5. 2012,
Anzeigenschluss ca. am 5. des Vormonats

E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei gebleichtem Altpapier gedruckt.

ISSN 0342-0671

GEW-Mitglieder votieren für Tarifabschluss

78,3 Prozent der stimmberechtigten GEW-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligten, haben für die Annahme des Tarifergebnisses für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder votiert. „Die hohe Zustimmung zeigt, dass unsere Mitglieder den Anstieg der Gehälter und das Festzurren des Urlaubsanspruchs positiv bewerten. Gleichzeitig sind sie nach wie vor sehr verärgert über die Weigerung der Arbeitgeber, Lehrkräfte endlich per Tarifvertrag zu bezahlen“, sagte GEW-Verhandlungsführerin Ilse Schaad. Die Mitglieder wollen den Kampf für eine tarifliche Entgeltordnung für Lehrkräfte (L-ego) verstärkt fortsetzen. Es gebe eine „Jetzt-erst-Recht-Stimmung“, betonte Schaad mit Verweis auf die Diskussion auf der GEW-Website (s. z. B. www.gew.de/Bewegte_Debatte_zur_Tarifrunde.html). Nachdem auch ver.di-Mitglieder und Bundestarifkommission mit sehr großer Mehrheit für die Annahme des Tarifergebnisses gestimmt haben, kann der Abschluss aus Sicht der Gewerkschaften in Kraft treten. Demnach steigen die Gehälter der Landesbeschäftigten rückwirkend zum 1. Januar 2013 um 2,65 Prozent und zum 1. Januar 2014 um weitere 2,95 Prozent. Der Tarifvertrag läuft zwei Jahre. Außerdem erhalten alle Beschäftigten 30 Tage Jahresurlaub (s. auch S. 26 f.).

NRW: Dorothea Schäfer weiter Vorsitzende



Foto: GEW NRW

Dorothea Schäfer

Die Vorsitzende der GEW Nordrhein-Westfalen (NRW), Dorothea Schäfer, ist auf dem Gewerkschaftstag in Wuppertal mit großer Mehrheit in ihrem Amt bestätigt worden. Die 58-jährige Gesamtschullehrerin erhielt 94,6 Prozent der Delegiertenstimmen. Schäfer will vor allem bessere Arbeitsbedingungen im Bildungsbereich erzielen und mehr Chancengleichheit in der Bildung durchsetzen.

Mehr Geld für Hochschulen

Bund und Länder stocken ihre Finanzhilfen für die überfüllten Hochschulen wegen des anhaltenden Studienanfängerbooms deutlich auf. Für den Zeitraum 2011 bis 2015 erhöht der Bund seine Mittel im Rahmen des Hochschulpakts für zusätzliche Studienplätze um 2,2 auf über sieben Milliarden Euro. „Die Länder werden vergleichbare zusätzliche finanzielle Leistungen erbringen und die Gesamtfinanzierung sicherstellen“, berichtete die Deutsche Presse-Agentur (dpa) über den Beschluss der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) von Bund und Ländern im April in Berlin. Die Gesamtaufwendungen für den bereits 2006 ausgehandelten Pakt steigen damit bis 2018 auf rund 20 Milliarden Euro. „Es ist zwar eine gute Nachricht, dass Bund und Länder sich noch einigen konnten, die dringendsten Finanzlöcher im Hochschulpakt zu stopfen“, sagte GEW-Hochschulexperte Andreas Keller. Doch im Pakt sei pro Studienplatz deutlich weniger Geld vorgesehen als die Hochschulen bisher durchschnittlich ausgeben. So würden de facto Dumpingstudienplätze geschaffen. Zudem gebe es keine Lösung für die strukturellen Probleme des Hochschulpakts.

Lehrkräfte ausgesperrt

Die öffentlichen Arbeitgeber in Dänemark haben Anfang April fast 70 000 Lehrkräfte vom Unterricht ausgesperrt. In dem Konflikt zwischen der dänischen Lehrergewerkschaft Danmarks Lærerforening und der Vertretung der Gemeinden, Kommunernes Landsforening (KL), die in Dänemark für die Schulen verantwortlich sind, wollen die Arbeitgeber längere Unterrichtszeiten durchsetzen. Sie hatten die Tarifverhandlungen einseitig für gescheitert erklärt. Von der Aussperrung betroffen waren auch die Schulen der deutschsprachigen Minderheit in Nordschleswig. GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne hat die drastische Maßnahme scharf kritisiert: „Die Arbeitgeber verfahren nach Gutsherrenart und missbrauchen ihre Macht.“ Mehr zum Thema in der Juni-Ausgabe der E&W.

Tarifeinigung in Hessen

GEW, ver.di und die anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich Mitte April mit dem Land Hessen auf eine Einkommensverbesserung für die rund 40 000 Landes-Tarifbeschäftigten geeinigt. Weil Hessen am 1. April 2004 aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) ausgetreten ist, gilt hier der Tarifvertrag der Länder (TV-L) nicht. Zum 1. Juli 2013 werden die Einkommen um 2,8 Prozent erhöht, zudem erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung von 450 Euro. Am 1. April 2014 folgt der zweite Gehaltsanstieg um abermals 2,8 Prozent. Für die Monate Januar bis März 2014 gibt es eine Einmalzahlung in Höhe von 225 Euro. Die Laufzeit dieser Regelung endet am 31. Dezember 2014. GEW-Verhandlungsführerin Ilse Schaad sprach von einem vertretbaren Resultat: „Das Niveau der Einkommenstabellen in den Bundesländern wird in Hessen gesichert.“ Als sehr positiv hat die GEW-Tarifkommission die Einigung beim Erholungsurlaub gewertet. Hier sei es gelungen, den Urlaubsanspruch von 30 Tagen pro Jahr tarifvertraglich für alle Landesbeschäftigten festzuschreiben. Die Tarifkommission hat den GEW-Mitgliedern die Zustimmung zum Verhandlungsabschluss empfohlen. Diese sollen ihr Votum bis zum 10. Mai abgeben. Mehr Infos unter: www.gew-hessen.de.

Türkei: Gewerkschafter frei

Am 10. April hat das Gericht in Ankara die Haftbefehle gegen türkische Gewerkschafter aufgehoben. Mehr als neun Monate waren Mehmet Bozgeyik, Generalsekretär der türkischen Lehrergewerkschaft Egitim Sen, und 21 weitere Gewerkschafter in Untersuchungshaft. „Dies ist ein großer Erfolg unserer internationalen Solidarität“, kommentierte GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne das Gerichtsurteil. „Wir müssen aber weiter Druck machen, damit alle Gewerkschafter, die noch immer in türkischen Gefängnissen inhaftiert sind, freikommen.“ Die Lehrergewerkschafter sind im Juni 2012 unter dem Vorwurf, terroristische Organisationen zu unterstützen, verhaftet worden. Infos unter: www.gew.de/Gerichtsentscheidung_in_Ankara.html.



Foto: Manfred Brinkmann

Mehmet Bozgeyik

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein Fahrradkorb.*

Prämie des Monats Mai:

ein Fahrradkorb von Reisenthel



Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern unter www.gew.de/Praemienwerbung.html

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

GEW-Landesverband

Telefon Fax

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Mai 2013/Bikebasket

Erzieherinnen … verzwei

// Ab 1. August hat jedes ein- und zweijährige Kind einen Rechtsanspruch auf Betreuung. Kurz vor dem Stichtag wird die Angebotslücke bei den Krippenplätzen in ganz Deutschland auf 160 000 bis 260 000 geschätzt. Der Kita-Ausbau stockt, weil qualifiziertes Personal fehlt. Krankenschwestern, Grundschullehrkräfte und ehemalige Schlecker-Verkäuferinnen sollen in die Bresche springen. //

Wer im beschaulichen Gilching lebt, hat es eigentlich gut getroffen in dieser Welt. Die Großstadt München ist nicht weit weg, Arbeitsplätze, mit denen man gutes Geld verdienen kann, gibt es reichlich, Kinder möchte man hier gerne aufwachsen lassen. In die 18 000 Einwohner zählende Gemeinde, gut 20 km Luftlinie von der Münchner Innenstadt entfernt, zieht es vor allem junge Familien. Die Kommune im Landkreis Starnberg hat in den vergangenen Jahren viel in den Ausbau frühkindlicher Betreuung investiert. Das Angebot an Krippenplätzen ist laut Statistik ausreichend: 51 Prozent Bedarfsabdeckung meldet die Gemeinde offiziell.

Hat Ulrich Maly (SPD), Vorsitzender des Bayerischen Städtetags und Nürnbergs Oberbürgermeister, also Unrecht, wenn er meint, dass sich gerade in Ballungsräumen wie München für Eltern der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz nicht erfüllen lasse, weil es an Plätzen mangelt? Nein, denn wer im Landkreis Starnberg nachfragt, erhält Auskünfte, die die offizielle Statistik in einem anderen Licht erscheinen lassen. Denn dort, wo viele junge Familien leben, in denen beide Partner arbeiten, ist die Nachfrage nach Krippenplätzen größer als jene 39 Prozent, die Bund und Länder als Maßgröße für ihre Planungen nehmen – und liegt ebenfalls weit über den vom Bayerischen Städtetag für die städtischen Regionen prognostizierten 50 Prozent.

In Gilching spürt man den Andrang besonders deutlich. Zurzeit gibt es 126 Anmeldungen für 43 freie Krippenplätze. Die Alpenvorland-Gemeinde ist kein Einzelfall. Von den bundesweit anvisierten 780 000 Krippenplätzen fehlt noch mindestens ein Fünftel. Besonders in Westdeutschland ist die Situation bedenklich; der Osten mit seiner noch aus der DDR stammenden flächendeckenden Versorgung kann dem 1. August dagegen entspannter entgegensehen.

Einer der Gründe für die Angebotslücke im Westen ist die Personalnot. Auch in Gilching ist das so. „Im Februar wurden im Gemeindegebiet zwei neue Krippengruppen eröffnet, doch diese können mangels Erzieherinnen nicht starten“, erzählt Anna Köhler*, die mit zwei Töch-



Foto: Kay Herschelmann

felt gesucht

tern und Mann in dem Ort lebt und im Kita-Bereich arbeitet.

Matthias Schilling von der TU Dortmund geht davon aus, dass zum Stichtag in Westdeutschland mindestens 14 000 Fachkräfte fehlen werden – unter der Voraussetzung, dass die Kommunen 30 Prozent des Bedarfs durch privat organisierte Tagespflege abdecken können.** Die von der Politik angenommene Quote von rund einem Drittel Betreuung über Tagesmütter ist jedoch ein sehr ehrgeiziges Ziel. Im März 2012 waren gerade einmal 15 Prozent der Kinder, die jünger als drei Jahre sind, so untergebracht. Um den Anteil zu verdoppeln, müssten bis zum Sommer laut Schilling 27 000 Tagesmütter und -väter zum Einsatz kommen.

Kinder nicht aufgenommen

„Dass ein Drittel der Kleinkinder ab August in der Tagespflege unterkommen wird, ist unrealistisch“, meint Frank Jansen, Geschäftsführer des Verbandes Katholischer Tageseinrichtungen



Einer der Gründe für die Angebotslücke im Westen ist die Personalnot in den Kitas und Krippen. Wer füllt die Leerstellen, wenn der Andrang groß ist? In der Kita „Milchzahnbande“ im Berliner Bezirk Lichtenberg, die die Erzieherin Ruth Müller gegründet hat, ist die Nachfrage so hoch wie nie zuvor. Für 13 freie Krippenplätze gibt es 280 Anmeldungen.

für Kinder (KTK) der Caritas, die rund ein Fünftel aller Kitas in Deutschland betreibt. „Notwendig ist daher mehr Personal in den Kitas“, fordert Jansen. Doch das sucht die Caritas vergeblich. „Wir haben schon jetzt Einrichtungen, die die Aufnahme von Kindern verweigern müssen, weil wir keine Erzieherinnen finden“, berichtet der KTK-Geschäftsführer. Wie andere Träger versucht die Caritas, die Personallücke mit Quereinsteigern zu schließen. „Unser bayerischer Landesverband bildet z. B. derzeit verstärkt Heilerziehungspfleger zu Erziehern weiter.“

Wie groß die Not ist, zeigt das Beispiel Hessen. Dort kündigte die Landesregierung an, den Einsatz von Krankenschwestern und angehenden Grundschullehrkräften in Kitas zu prüfen. In Bayern schult man Lehramtsstudierende (Grundschule) mit erstem Staatsexamen schon heute für den Kita-Bereich um.

Diese Anstrengungen reichen aller Voraussicht nach aber nicht aus. Zuständig für die Bedarfsplanung sind die Kommunen und Landkreise, und auch die müssen sich darauf einstellen, dass vor allem in Großstädten mit einem hohen Anteil berufstätiger Eltern viele Mütter und Väter ihren Rechtsanspruch vor Gericht einklagen. Doch wo kein Krippenplatz ist, schafft selbst eine Klage keinen. Allerdings könnte ein Verwaltungsgericht eine Kommune dazu anhalten, die Auflagen für den Kita-Betrieb zu lockern, um so mehr Plätze für Kleinkinder zu organisieren. Genau das treibt großen Kita-Trägern wie der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Sorgenfalten auf die Stirn. Mona Finder, Pressesprecherin der AWO, warnt Städte und Gemeinden davor, auf die befürchtete Klagewelle zu reagieren, indem sie z. B. die Gruppen vergrößern. Das verringere die Qualität des Angebots. Ähnlich argumentiert Sarah Schneider vom evangelischen Bundesverband Diakonie. Das in einigen Ländern bereits favorisierte Modell „Platz-Sharing“, bei dem sich zwei Kinder einen Krippenplatz teilen, werde zu einer „erhöhten Belastung der Fachkräfte führen“ – selbst wenn, statistisch gesehen, keine Verschlechterung des Angebots erfolge.

Das Qualitäts- und das Quantitätsproblem treibt derzeit auch Ruth Müller um. Die Erzieherin hat vor einigen Jahren im Berliner Bezirk Lichtenberg die Kita „Milchzahnbande“ gegründet. Von Anfang an waren Ein- und Zweijährige in der Einrichtung. Derzeit ist die Nachfrage für diese Altersgruppe so hoch wie nie zuvor – für die 13 freien Plätze gibt es 280 Anmeldungen. Die Kita expandiert, demnächst will man eine zweite mit weiteren 40 Krippenplätzen schaffen.

Erzieherin Müller könnte zufrieden sein, ist es aber nicht. „Wir haben mit zwei Problemen zu kämpfen“, berichtet sie. Zum einen mit dem bürokratischen Procedere, bis eine neue Kita genehmigt ist, zum anderen – und das ist das weitaus größte Problem – mit der Personalfrage. „Die Arbeitsagenturen schicken uns umgeschulte ehemalige Schlecker-Verkäuferinnen, die Mehrzahl ist für den Beruf jedoch nicht geeignet“, klagt sie. Müller macht dafür nicht die Bewerberinnen, sondern die Jobcenter verantwortlich. „Die Ausbildung erfolgt im Schnelldurchgang, die Lehrgangsabsolventinnen hatten zu wenig Gelegenheit, ihre Eignung für den Erzieherinnenberuf in der Praxis zu überprüfen; der Unterschied zu den Schülerinnen und Schülern der Fachakademien ist enorm.“



Cartoon: Freimut Wössner

Arbeitsmarkt leergefegt

Diese Berichte aus der Krippen-Praxis wollen nicht zu den offiziellen Verlautbarungen der Politik passen. In der Hauptstadt ist die Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Sandra Scheeres, für das Thema zuständig. Die SPD-Politikerin sieht Berlins Kita-Ausbau „auf einem sehr guten Weg“, ließ sie Mitte März öffentlich mitteilen. Den erhöhten Personalbedarf werde man u. a. mit Quereinsteigern decken. Der Quereinstieg sei „eine tragende Säule bei der Gewinnung von Fachkräften für die Kindertagesbetreuung“. Anders formuliert: Der Berliner Senat hat – wie alle Bundesländer – in den vergangenen Jahren zu wenig in die Regelausbildung von Erzieherinnen und Erziehern investiert. „Der Arbeitsmarkt ist leergefegt, einige hundert Stellen sind überhaupt nicht oder mit Kolleginnen und Kollegen besetzt, die (noch) nicht die staatliche Anerkennung als Erzieherin haben“, kritisierte die Berliner GEW bereits vor Jahresfrist.

Das stellt auch Norbert Hocke fest. Der GEW-Jugendhilfeexperte appel-

Auf Qualifikation wenig Wert gelegt

Rund 464 000 Erzieherinnen und Erzieher gibt es derzeit in Deutschland. 72 Prozent verfügen laut einer Erhebung der TU Dortmund über einen einschlägigen Fachschul-, 4,6 Prozent über einen solchen Hochschulabschluss. „Einschlägig“ heißt: Die Inhalte der Ausbildung bzw. des Studiums entsprechen den für den Erzieherberuf erforderlichen Qualifikationen.

Wie wenig Wert man in der Vergangenheit auf eine ausreichend gute Qualifizierung gelegt hat, beweist der immer noch relativ hohe Anteil von Kinderpflegerinnen, Sozialassistentinnen und anderen Helferberufen in den Kitas bundesweit: 13,1 Prozent. 2,5 Prozent der Kita-Beschäftigten haben keinen Berufsabschluss. Unrühmliches Negativbeispiel in der Statistik ist Bayern. Dort hat nur jede zweite Erzieherin einen Fachschulabschluss (51,8 Prozent), 3,6 Prozent haben ein einschlägiges Hochschulexamen, mehr als ein Drittel (37,3 Prozent) kommt aus geringer qualifizierten Helferberufen. Auch Hessen ist kein Vorbild: Dort sind in den Kitas sechs Prozent des pädagogischen Personals ohne Berufsausbildung – ein bundesweiter Spitzenwert!

J.A.

(Quelle: Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut, Technische Universität Dortmund)

liert an die Politik, bei der Suche nach neuen Kita-Fachkräften, gerade bei den Quer- und Seiteneinsteigern, die Ausbildungsqualität nicht zu vernachlässigen. „Wenn die Politik angesichts des Personalmangels in den Kitas nur das Plansoll erfüllen will, kommt es zu einer Abqualifizierung des Erzieherberufs“, befürchtet Hocke.

Siegfried Beckord vom Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der öffentlichen und freien Fachschulen für Sozialpädagogik (BöfAE) warnt ebenfalls davor, nur auf Quer- und Seiteneinsteiger zu setzen. „Das Fachkräfteproblem in den Kitas würde sich relativieren, wenn es gelänge, jene Erzieherinnen wieder zurück in den Beruf zu bringen, die wegen schlechter Rahmenbedingungen ausgestiegen sind“, meint der Leiter des Berufskollegs der AWO in Bielefeld. Beckord schätzt, dass 30 Prozent der Fachkräfte dem Job bereits in den ersten drei Berufsjahren den Rücken kehren. „Vor allem die Teilzeitarbeitsverträge sind wenig attraktiv“, sagt er.

In einer Studie zum Fachkräftemangel in rheinland-pfälzischen Kitas aus dem Jahr 2010 untermauern Anne Kersting und Stefan Sell von der Fachhochschule Koblenz diese Einschätzung.*** „Von einer prekären Erwerbslage mit vielen Wechseln im Erwerbsverlauf“ sei rund ein Fünftel der Kita-Erzieherinnen betroffen. Die Wechsel würden „häufig bereits in den ersten beiden Jahren nach Aufnahme einer Tätigkeit“ erfolgen. „Zumindest ein Teil dieser ‚Wechsler‘ ließe sich vermutlich eher im Arbeitsbereich der Kindertagesbetreuung halten, wenn längerfristige Verträge angeboten würden.“ Dies gelte „insbesondere für jüngere Fachkräfte“, schlussfolgern die beiden Autoren. Der betroffene Personenkreis ist groß: Laut GEW-Studie „Wie geht’s im Job?“**** aus dem Jahr 2007 findet fast die Hälfte (48 Prozent) der Erzieherinnen und Erzieher, die jünger als 30 Jahre sind, nur noch eine befristete Anstellung.

Weiter schlecht bezahlt

Unattraktiv sei der Erzieherberuf aber auch wegen der nach wie vor schlechten Bezahlung. Abhängig von Alter, Berufserfahrung und Tätigkeit beginnen Erzieherinnen mit einem Einstiegsgehalt von zirka 2000 Euro brutto bei einer vollen Stelle, in den nächsten sieben Jahren steigt ihr Verdienst dann auf etwa 2500 Euro brutto. Das gilt allerdings lediglich für Kitas im Bereich des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst (TVöD), Einrichtungen freier Träger zahlen in der Regel unterhalb des TVöD-Tarifs. Zudem arbeitet mehr als die Hälfte der Erzieherinnen (60 Prozent) laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung***** auf Teilzeitstellen. Frühere GEW-Studien bestätigen diesen Trend.**** Während im Osten der Republik die Quote in den vergangenen Jahren von 82 auf 75 Prozent gesunken ist, hat sich die Teilzeitbeschäftigung in den Kitas im Westen im gleichen Zeitraum sogar noch erhöht. Seit 2006 ist lediglich jede dritte neue Stelle in den westlichen Bundesländern eine Vollzeitstelle.

Kein Wunder, dass es junge Menschen nicht in Scharen in den Beruf treibt. An der Fachakademie für Erzieherinnen und Erzieher in München sind derzeit 60 Ausbildungsplätze nicht besetzt, obwohl man in diesem Jahr jeden Bewerber aufgenommen hat. Anna Köhler hat das Glück, einen gut verdienenden Ehemann zu haben und im Alter von Mitte 40 keine Berufsanfängerin mehr zu sein. Jüngeren Kolleginnen geht es deutlich schlechter. Viele hätten noch einen Zweitjob, um finanziell über die Runden zu kommen, schildert sie deren Situation. Nicht jeder, der in Gilching und Umgebung lebt, hat es gut getroffen in dieser Welt.

Jürgen Amendt,
Redakteur „Neues Deutschland“

* Name geändert, Quelle über die Infos aus der Gemeinde Gilching

****Matthias Schilling: Personalbedarfsberechnung für den Bereich Kindertagesbetreuung für den Zeitraum von März 2011 bis August 2013, Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI), München 2012**
*****Anne Kersting, Stefan Sell: „Gibt es einen (drohenden) Fachkräftemangel im System der Kindertagesbetreuung in Rheinland-Pfalz?“, Institut für Bildungs- und Sozialpolitik der FH Koblenz (ibus), 2010**
******GEW-Studien: „Wie geht’s im Job“ – Kita-Studie der GEW, 2007, und „Die berufliche, familiäre und ökonomische Situation von Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen“, 2010**
*******www.laendermonitor.de**

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW.html

Was ein Kita-Platz kostet

// Bei den Gebühren, die Eltern für die Betreuung und Bildung ihrer Kinder bezahlen müssen, gibt es in den Ländern große Unterschiede. Die Beitragsspannen liegen zwischen null und 3700 Euro im Jahr. //

Mittlerweile ist in neun der 16 Bundesländer das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung kostenfrei. Doch bei den Gebühren für Kinder, die jünger als fünf Jahre sind, gibt es große Unterschiede. 2010 ergab eine Untersuchung der Zeitschrift „Eltern“ und der arbeitgebernahen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM), dass die jährliche Gebührenbelastung für eine Modellfamilie (45 000 Euro Jahresbruttoeinkommen, ein Kita-Kind in Halbtagsbetreuung) zwischen null Euro in Düsseldorf und 1752 Euro in Bremen beträgt. Den Spitzenplatz für Gutverdiener hält Tübingen. Hier zahlt man ab einem Jahreseinkommen von 80 000 Euro rund 3700 Euro im Jahr, wenn zwei Kinder halbtags eine Einrichtung besuchen.

Dass Städte wie das vergleichsweise finanziell potente Tübingen ihre wohlhabenden Bürger bei den Kita-Gebühren stärker zur Kasse bitten, ist nicht die Regel. Generell gilt: Je reicher eine Kommune ist, desto niedriger sind die Gebühren. Im Schnitt, so die INSM in ihrer Studie, seien die Kita-Betreuungskosten für Eltern in Ostdeutschland höher als im Westen. In Cottbus müssen Durchschnittsverdiener mit zwei Kita-Kindern annähernd 2700 Euro im Jahr zahlen, in München weniger als die Hälfte (1150 Euro). Gerade dort, wo die Einkommensstarken dieser Republik überproportional häufig leben, zeigen sich die Kommunen großzügig gegenüber Familien mit Kleinkindern. Im hessischen Kronberg im Taunus etwa, das zu den Gemeinden in Deutschland mit der höchsten Millionärsdichte zählt, betragen die Kita-Gebühren pauschal 100 Euro im Monat; auf eine nach Einkommen gestaffelte Gebühr kann die Gemeinde offensichtlich mangels Masse verzichten. Für Geringverdiener empfiehlt die Gebührenordnung der Stadt den Gang zum „zuständigen Kreisjugendamt“, um die Übernahme der Kosten zu beantragen.

Mittagessen zahlen alle

Die Gebührenordnung der „Hartz-IV-Hauptstadt“ Berlin (laut Statistischem Bundesamt beziehen 16,3 Prozent der Bevölkerung diese staatliche Leistung) kennt dagegen 41 Einkommensstufen. Zwar hat das Land 2011 den Besuch einer Kita in den letzten drei Jahren vor der Einschulung beitragsfrei gestellt, 23 Euro monatlich für ein warmes Mittagessen müssen jedoch alle zahlen – ganz egal, ob Hartz-IV-Empfänger oder Villenbewohner im Grunewald.

Gerecht geht es bei den Kita-Kosten nicht zu: Gerade dort, wo die Einkommensstarken dieser Republik überproportional häufig leben, zeigen sich die Kommunen großzügig gegenüber Familien mit Kleinkindern.

Wie viel kosten Tagesmütter?

Die Frage nach den Kosten für eine Tagesmutter lässt sich nicht beantworten. Sie sind je nach Region und Betreuungsangebot sehr unterschiedlich. Oft übernehmen die Jugendämter einen Teil der Kosten, die Eltern müssen dann wie bei einem Kita-Platz nur einen Eigenanteil zahlen. J.A.

Beitragsfreiheit per Gesetz herrscht auch in Rheinland-Pfalz. Seit August 2010 übernimmt das Land sogar für Zweijährige die Kosten, wenn diese wegen fehlender Kita-Plätze auf eine Krippe ausweichen müssen. Nicht alle sind mit dieser Lösung zufrieden. Die oppositionelle CDU im Land möchte das ändern und besserverdienende Bürger finanziell stärker belasten. Eine generelle Kostenfreiheit sei unsozial, argumentieren die Unionspolitiker.

Bernhard Eibeck, Referent für Jugendhilfe und Sozialarbeit beim GEW-Hauptvorstand, kann solchen Forderungen wenig abgewinnen. „Die Kita ist eine Bildungseinrichtung und Bildung muss in Deutschland von der Kita bis zur Universität kostenfrei sein.“ Doch Eibeck weiß auch, dass es derzeit kaum realistisch ist, eine solche grundsätzliche Forderung umzusetzen. Sie würde die Kommunen in Finanznöte bringen. „Wir wissen, dass Städte und Gemeinden auf die Elternbeiträge finanziell angewiesen sind.“ Diese zu senken, dürfe nicht zu Lasten der Betreuungsqualität gehen, sagt Eibeck. Eine Alternative wäre, die Wirtschaft und die Rentenversicherungsträger an den Kosten der Kita-Betreuung zu beteiligen, wie einige Wissenschaftler kürzlich vorgeschlagen hatten. Denn sowohl die Unternehmen als auch die Rentenversicherungsträger profitierten von der Berufstätigkeit der Eltern von Kita-Kindern, meint Eibeck. „Warum sollen diese dann keinen Obolus zur frühkindlichen Bildung leisten?“

Jürgen Amendt,
Redakteur „Neues Deutschland“



Foto: imago

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit Lösungen für Lehramtsanwärter/-innen.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. DBV

Wir bieten von der Krankenversicherung bis zur Dienstunfähigkeitsversicherung Schutz von Anfang an – komme, was wolle.

- ✔ **Garantierte Dienstunfähigkeitsrente bis zu 1.800 Euro möglich**
- ✔ **Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar**
- ✔ **Krankenversicherung zur Beihilfe mit Ausbildungskonditionen**

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: www.DBV.de oder Telefon 0800 166 55 94.

FOCUS MONEY
BESTE PKV-BEAMTENTARIFE
Top-Schutz
DBV/AXA
Ausgabe 46/2012
Franke | Bornberg

Sonderkonditionen in der Krankenversicherung für Mitglieder der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft GEW



Ein Unternehmen der AXA Gruppe AXA

Qualität kann nicht vero

// Ein Gespräch mit Iris Nentwig-Gesemann, Professorin an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin, über Kita-Ausbau und die Sorge um Qualität sowie ihre Studie „Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung“* //

E&W: Ab 1. August 2013 haben einjährige Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz. Noch fehlen schätzungsweise zwischen 160 000 und 260 000 Plätze. Kann unter solchem Druck die Qualität in den Einrichtungen gewährleistet werden?

Iris Nentwig-Gesemann: Ich bin äußerst skeptisch. Grundsätzlich halte ich den Ausbau der Krippenplätze für richtig. Doch nur auf die Zahlen zu schauen, ohne den Ausbau qualitativ zu begleiten, ist im Grunde nicht zu verantworten. Es gibt nicht genug Fachkräfte und nur wenige, die ausreichend für die Arbeit mit Kindern dieser Altersgruppe qualifiziert sind.

E&W: Gehört das nicht zur Erzieherinnenausbildung dazu?

Nentwig-Gesemann: Nicht automatisch. Die besonderen Herausforderungen der Arbeit mit Kindern in den ersten drei Lebensjahren werden an vielen Fachschulen und frühpädagogischen Studiengängen nicht genug berücksichtigt. Das ist fatal, denn nur Fachkräfte, die sich mit dieser Altersphase genau auskennen, können so kleine Kinder angemessen in ihrer Entwicklung fördern.

E&W: Worauf kommt es an?

Nentwig-Gesemann: Da ist zum Beispiel der Bereich Pflege. Frühpädagogische Fachkräfte müssen wissen, wie sie die Pflege zu pädagogischen Situationen machen. Also: Wie lässt sich etwa das Wickeln nutzen, um die Bindung zum Kind zu festigen? Sie müssen sensibel auf Signale der Jüngsten reagieren können, weil



Foto: ASH-Berlin

Iris Nentwig-Gesemann

diese Kleinkinder noch nicht sprachlich kommunizieren. Und: Welche Bedürfnisse hat das Kind? Wie kann ich seine Wünsche bei der Gestaltung des Alltags berücksichtigen? Gerade für Kinder, die jünger als drei Jahre sind, ist der Aufbau stabiler, wertschätzender pädagogischer Beziehungen entscheidend. Dann entwickeln sie sich in der Krippe hervorragend.

E&W: Mit den Bildungsplänen wollen die Länder seit 2004 die Qualität der Kita-Arbeit verbessern. Produziert hat das vor allem einen enormen Anforderungsdruck. Woran hakt es?

Nentwig-Gesemann: Die Fachkräfte stehen vor einem Dilemma. Ihnen fehlt zum einen Zeit, um die vielen neuen Aufgaben zu erfüllen: Beobachten, Dokumentieren, Sprachförderung, intensive Zusammenarbeit mit den Familien. Sie sollen mehr leisten, haben dafür aber nicht mehr Arbeitszeit zur Verfügung und sind zudem oft nicht hinreichend qualifiziert. Zum anderen hat man meiner Einschätzung nach den Prozess nicht partizipativ genug gestaltet – Qualitätsverordnung „von oben“ hat noch nie gut funktioniert.

E&W: Sie haben in der Studie „Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung“ untersucht, wie die Fachkräfte mit diesem Dilemma umgehen. Was ist dabei herausgekommen?

Nentwig-Gesemann: Wir haben 15 Teams in drei Großstädten intensiv befragt. Wie sieht ihr Alltag aus? Wie läuft die Zusammenarbeit mit den Familien? Welche Erfahrungen machen sie mit Beobachten und Dokumentieren, mit Sprachbildung? Die Vehemenz, mit der die Fachkräfte uns vermittelten, dass sie unter den gegebenen Bedingungen die verlangte Qualität nicht leisten können, hat mich erschreckt. Alltag wird oft nur noch als „Krisenmanagement“ wahrgenommen. Ob der vielen neuen Aufgaben entsteht der Eindruck, „viel zu wenig Zeit für die Kinder“ zu haben.

E&W: Und doch müssen sie im Alltag damit klarkommen. Welche Wege wählen die Erzieherinnen und Erzieher?

Nentwig-Gesemann: Wir haben drei Strategien beobachtet: Viele Teams wollen die Bildungsprogramme möglichst vollständig und effizient umsetzen. Im Alltag allerdings führt das oft zu einem stundenplanartigen „Abarbeiten“ der Inhalte, eine halbe Stunde Naturwissenschaft, danach Sprachförderung. Die Arbeit in längerfristigen Projekten tritt in den Hintergrund. In diesen „umsetzungsorientierten“ Teams ist der Leidensdruck besonders groß, weil sie merken, dass sie ihren Ansprüchen im Grunde nie gerecht werden können.

Teams dagegen, die sich über die Bildungsprogramme hinaus besonderen pädagogischen Werten verpflichtet fühlen, reformpädagogischen Ideen oder ethisch-religiösen Überzeugungen etwa, gehen freier

rdnet werden

damit um. Sie sehen die neuen Anforderungen zwar positiv, entwickeln aber eigene Schwerpunkte.

E&W: Und die dritte Strategie?

Nentwig-Gesemann: Betrifft Fachkräfte, die grundsätzlich skeptisch eingestellt sind. Solche sich distanzierenden Teams halten die Programme für unnötig und lehnen vieles ab. Sie verteidigen ihre Form des traditionellen Arbeitens, die sich doch bewährt habe. Neue Anforderungen machen eben auch Angst.

E&W: Was müsste sich verändern?

Nentwig-Gesemann: Der Fachkraft-Kind-Schlüssel müsste verbessert werden. Für die Krippen heißt das aus meiner Sicht: eine Fachkraft für drei oder vier Kinder. Nötig sind in den Verträgen verankerte Zeiten für Vor- und Nachbereitung, Dokumentation, die Zusammenarbeit mit den Familien, Planung und Reflexion im Team. Wir brauchen mehr akademisch ausgebildete Kindheitspädagogen, die den aktuellen Forschungsstand in die Kitas tragen, neue Methoden beherrschen sowie hohe Reflexions- und Analysekompetenz mitbringen. Die Fachkräfte vor Ort müssen durch langfristige Fortbildungen, Supervision und Fachberatung viel besser bei der Arbeit mit den Bildungsprogrammen begleitet werden. Die Kitaleitungen spielen dabei eine Schlüsselrolle.

E&W: Inwiefern?

Nentwig-Gesemann: Leitungskräfte können zwischen Qualitätsanforderungen auf dem Papier und den Ressourcen ihres Teams vermitteln. Indem sie ermutigen: Probiert eure Ideen aus, gestaltet eure Arbeit eigenverantwortlich, überlegt gemeinsam, was unsere Kinder und die Familien brauchen, was für euch möglich ist und was nicht. Die Leitung ist der zentrale Motor für die Entwicklung einer professionellen Haltung im Team, die ermöglicht, souverän mit den Anforderungen umzugehen.

E&W: Sind die Leitungen auf diese Rolle vorbereitet?

Nentwig-Gesemann: In der Tat brauchen sie mehr passgenaue Fortbildungen. Und mehr Zeit für die pädagogische Arbeit. Wer sich den Großteil des Tages mit Dienstplänen oder Abrechnungen beschäftigen muss, kann sein Team fachlich kaum unterstützen. Die Professionalisierung der Leitungen ist eine der großen Aufgaben, die wir nicht aufschieben dürfen, wenn es wirklich um Qualität in den Kitas gehen soll.

Interview: Anja Dilk,
freie Journalistin

*www.gew.de/Binaries/Binary96129/Expertise_Gute_Bildung_2013.pdf





Meine Empfehlung:
Jetzt mit 0 Aufwand
zum 0 Gebühren-Konto
wechseln.

Sie wechseln, wir kümmern uns darum: Von der Auflösung Ihres bisherigen Kontos über alle Daueraufträge bis hin zu sämtlichen Benachrichtigungen – schnell, reibungslos und selbstverständlich kostenlos. **www.sparda.de**

Kundenmonitor® Deutschland 2012
Platz 1
Sparda-Banken
(Platz 1 von 1993-2012)
Kundenzufriedenheit
bei Banken und Sparkassen unter 8 ausgewiesenen Instituten

Sparda-Banken
freundlich & fair

Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für unsere Mitglieder bei Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 52,– Euro mit attraktiver Dividende.

Ja, ich will mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto.
Bitte senden Sie mir Informationen.

ÖD 5

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach: Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname
Straße, Hausnummer
PLZ, Ort
Telefon (tagsüber)

Gemeinsam für frühe Bil

// Reicht das Krippenangebot aus? Leidet die pädagogische Qualität unter dem Ausbau? Expertinnen und Experten haben nach Lösungen gesucht und auf lokaler Ebene neue Wege der Kooperation im Kita-Bereich entwickelt. //

Not macht erfinderisch. Je näher der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz heranrückte, desto klarer wurde der niedersächsischen Kleinstadt Uslar, dass das Angebot nicht ausreichen würde. Zwar hat die Kommune bereits für 40 Prozent der Kinder im Krippenalter Betreuungsplätze geschaffen – und liegt damit knapp über dem vom Bund berechneten Durchschnittswert von 39 Prozent. Aber mindestens die Hälfte der Eltern wolle einen Platz, sagt ein Mitarbeiter der Stadtverwaltung: „Wir müssen also nachsteuern."

Die Tagesmütter-Initiative „Wir für Euch" kommt Uslar da gerade recht. Das Projekt setzt auf Teamarbeit zwischen seinen sieben Kindertagesstätten und den Tagesmüttern: Sie sollen einspringen, wenn die Kita-Plätze belegt sind oder die Einrichtungen zu früh schließen. Profitieren könnten beispielsweise Eltern, die im Schichtdienst arbeiten. Damit die Tagesmütter für die Kinder keine Fremden sind, organisieren sie regelmäßige Treffen im Sportheim, bei dem die Kinder sich an die „Neuen" gewöhnen.

Das Tagesmütter-Projekt gehört zu einem Netzwerk von Initiativen vor Ort, die vom Bundesprogramm „Anschwung für frühe Chancen" unterstützt werden. Das Ziel des von der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung sowie dem Bundesfamilienministerium getragenen Projekts ist, Kindern bessere Bildungschancen zu eröffnen. Gefördert wird es durch den Europäischen Sozialfonds (ESF). 200 lokale Initiativen gibt es bereits, 600 Kooperationen sollen es bis zum Jahr 2014 werden.

Netzwerk gegen Bildungsarmut

Wie das gelingen kann, darüber diskutierten Experten kürzlich auf dem ersten Bundeskongress „Anschwung für frühe Chancen" in Berlin. Zu den Bildungsprojekten, die dort vorgestellt wurden, gehörte auch das Aachener Netzwerk gegen Bildungsarmut.

„Mit Aachen verbinden die meisten etwas Positives: Karl den Großen und den Karlspreis, die RWTH Aachen als Eliteuniversität oder leckere Printen", berichtete die kommunale Jugendhilfeplanerin Anette Tiltmann. Kinderarmut falle den Menschen in diesem Zusammenhang jedoch nie ein – obwohl die Quote bildungsarmer Mädchen und Jungen in einigen Aachener Stadtvierteln deutlich höher sei als im Bundesdurchschnitt.

Mit dem Projekt KIM (Kinder im Mittelpunkt) gehen Tiltmann und ihr Team nun erfolgreich gegen Bildungs- und Kinderarmut vor. Am Anfang



Grafik: dpa

dungschancen

des Prozesses, der die Akteure im Pilot-Stadtteil Aachen-Nord an einen Tisch geholt hat, stand eine Bestandsaufnahme, die alle überrascht hat: „Wir haben so viele verschiedene Initiativen und Angebote. Aber der eine weiß nicht, was der andere macht." Auch die Auswertung von statistischem Material half der Kommune, an den richtigen Stellen anzusetzen. So stellten die Projektleiter fest, dass zwar 60 Prozent der Kinder bei der Einschulung kaum Deutsch sprechen, aber nur ein kleiner Teil betroffener Familien über Zweisprachigkeit informiert und beraten wird – obwohl es das Angebot schon lange gibt.

Mittlerweile hat das Aachener Netzwerk eine Stiftung gefunden, die Sprachförderung in den Kitas finanziert. Auch die Einrichtungen selbst verändern sich: Überall entstehen Elterncafés und es gibt Vorträge über Mehrsprachigkeit. Fünf Kitas machen mittlerweile sogar den Fitness-Studios Konkurrenz: Seit Januar bieten Vereine dort Sport für Mütter an.

Hoffen auf Initiativen vor Ort

Die Hoffnung der Politik ist groß, dass Initiativen wie das Aachener Netzwerk oder die Kooperation zwischen Tagesmüttern und Kitas in Uslar die frühe Bildung aus eigener Kraft voranbringen. Das Programm „Anschwung" finanziert nämlich keine neuen Stellen für Erzieherinnen oder Tagesmütter, sondern lässt die Kooperationen lediglich von Profis begleiten. Die finanziellen Ressourcen für ihre Ideen müssen die Beteiligten dann selbst aufbringen.

Das erweist sich gerade beim erweiterten U3-Angebot für die Krippenkinder als schwierig. In vielen Bundesländern steigen die Gruppengrößen, an der Erzieherausbildung wird herumgedoktert und wegen akuten Personalmangels stellen Krippen und Kitas auch nicht fachlich qualifizierte Mitarbeiter ein.

Experten warnen deshalb vor einem Schnellausbau bei sinkenden Qualitätsstandards. Doch der Bund hält sich zurück, wenn es ums Nachsteuern geht. Zwar hat er im vergangenen Jahr noch einmal 580 Millionen Euro für zusätzliche 30 000 Krippenplätze investiert und gewährt Betriebskostenzuschüsse. Doch wenige Monate, bevor der Rechtsanspruch greift, verweist Familienministerin Kristina Schröder (CDU) auf die Kommunen: „Es war klar, dass das kein Spaziergang wird", sagte sie auf dem Kongress: „Der Bund hat seinen Teil der Abmachung erfüllt."

Viele Teilnehmende sahen das anders. „Wer bestellt, muss bezahlen", kritisierte ein städtischer Mitarbeiter aus Niedersachsen. GEW-Jugendhilfeexperte Norbert Hocke mahnte, es fehle ein solider Finanzierungsplan von Bund, Ländern und Kommunen: „Wir brauchen den Rechtsanspruch, aber wir brauchen auch Qualität." Gleichzeitig plädierte Hocke dafür, endlich das Kästchendenken zu überwinden. Anstatt Krippe, Kindergarten und Schule getrennt zu betrachten, sollten Bildungshäuser für Kinder ab einem Jahr bis zum Grundschulalter entstehen: „Dann müssten wir auch nicht ständig darüber diskutieren, warum es mit den Übergängen nicht klappt."

Katja Irle,
freie Journalistin

www.anschwung.de/
www.aachen.de/DE/Stadt_buerger/familie/netzwerke_kinderarmut/auftaktveranstaltung/index.html







Foto: Kay Herschelmann

NORBERT HOCKE

Bund soll Ausbau weiter finanzieren

// **GEW-Kommentar: Kitas stellen sich Herausforderungen** //

Zum 1. August 2013 hat jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte oder Tagespflegestelle. Das ist ohne Wenn und Aber zu begrüßen. Familienpolitisch – weil die Kita damit als eine die Familien ergänzende und unterstützende öffentliche Institution anerkannt wird. Bildungspolitisch – weil der eigene Bildungsansatz der Kitas akzeptiert wird. Sozialpolitisch – weil der frühe Besuch einer öffentlichen Institution helfen kann, soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen. Alles zusammen auch ein Erfolg engagierter Arbeit der rund 500 000 Beschäftigten in den über 50 000 Einrichtungen. Fest steht: Die Fachkräfte und Kita-Leitungen stellen sich den Herausforderungen. Als der Bundestag 2007 den Rechtsanspruch für 2013 beschloss, feierte sich die Politik erst einmal – und lehnte sich dann zurück. Wie sich jetzt zeigt, war das ein fundamentaler Fehler. Ähnliches passierte 1990/91 schon einmal, als der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab dem dritten Lebensjahr eingeführt wurde. Damals auch schon auf Kosten der Kinder und des Kita-Personals. Doch die Politik hat aus ihrem Fehlverhalten nichts gelernt. Heute werden ein halbherziger Krippengipfel nur zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, ein verfehltes Finanzierungskonzept sowie eine politisch gesetzte Bedarfsberechnung wohl dazu führen, dass viele Kinder keinen Platz in den Kitas bekommen können. Das zwingt die Eltern, ihren Anspruch einzuklagen. Die Folge: Kita-Gruppen werden vergrößert, Sharing-Plätze eingeführt, Großpflegestellen mit Hilfspersonal durch die Fachaufsicht genehmigt. Alles nur Schwarzmalerei? Typisch Gewerkschaft? Nein, in Hessen kann man derzeit erleben, wie ein Kita-Gesetz inhaltlich ausgehöhlt wird, damit die Einrichtungen für die Forderungen der Eltern scheinbar gerüstet sind. Doch es gibt Maßnahmen, die den drohenden Schock der Kitas verhindern können:

- Ein neuer Krippengipfel, an dem auch die Wohlfahrtsverbände als Träger von Einrichtungen teilnehmen, die Gewerkschaften als Vertreter der Beschäftigten sowie die Wirtschaft, die man in die Pflicht nehmen und finanziell am Krippenausbau – siehe Frankreich – beteiligen sollte.
- Bundestag und Bundesrat müssen das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern nach der Wahl abschaffen: Der Bund muss den Kommunen auf direktem Wege weiter Mittel zum Ausbau zur Verfügung stellen und dafür auch Qualitätsstandards festlegen können (s. Schwerpunkt „Kooperationsverbot“ in E&W 4/2013). Nach den neuesten Berechnungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gibt Deutschland nur 0,39 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für die frühkindliche Erziehung, Bildung und Betreuung aus. Auf EU-Ebene ist ein Prozent vereinbart.
- Neben dem Geld scheinen den Kommunen Räume zu fehlen. Auch hier gibt es die Möglichkeit, vor Ort mit den Grundstücksämtern eine konzertierte Aktion zu starten.
- Bleibt die Personal-Lücke: Ohne bessere Rahmenbedingungen und angemessene Bezahlung wird es keine Lösung geben. Die GEW hat mit dem Forschungsprojekt „Schlüssel zu guter Bildung, Erziehung und Betreuung“ (s. Interview S. 12 f.) zusammen mit dem Paritätischen Gesamtverband und der Diakonie Fakten auf den Tisch gelegt.

Fazit: Die politisch Verantwortlichen müssen neue Wege gehen, die sowohl Eltern als auch Beschäftigte akzeptieren können. Sie müssen schnellstens Maßnahmen ergreifen, die – im Interesse der Kinder – die Qualität der Arbeit nicht verschlechtern, sondern verbessern.

Norbert Hocke,
Leiter des GEW-Organisationsbereichs Jugendhilfe und Sozialarbeit

Zitterpartie um Plätze

// Eltern in Nöten: Meist schon vor oder kurz nach der Geburt ihrer Kinder müssen sich Mütter und Väter um einen Krippenplatz kümmern – häufig weit über den Wohnort hinaus. Und sie bangen, ob es klappt. Zwei Mütter berichten. //



Foto: privat

Maike Franz

Meine Tochter soll im Januar nächsten Jahres in eine Krippe. Bis zu ihrer Geburt vor neun Monaten habe ich selbst in einer Kita gearbeitet, war dort zuständig für die Belegung der Krippenplätze. Auf zwei freie Krippenplätze gab es manchmal bis zu 80 Anmeldungen. Ich wusste also, was auf mich zukommen wird und habe mich deshalb bereits in den ersten Schwangerschaftswochen nach einem Platz umgesehen. Insgesamt habe ich bei mehr als zehn Einrichtungen im Landkreis angefragt. Die haben mir wenig Hoffnung gemacht, da bei den Bewerbungen Ortsansässige Vorrang haben. Meine Tochter stand also auf den Wartelisten. Mein Mann und ich mussten hoffen, dass jemand abspringt. Wir hatten dann das Glück, dass die Kita in meinem Wohnort ankündigte, ab September 2013 mehr Krippenplätze für die Jüngsten anzubieten. Den Platz habe ich mir bereits besorgt, als meine Tochter zwei Monate alt war, denn die Nachfrage ist groß.



Foto: Kay Herschelmann

Susanne Lorenz

Mein jüngster Sohn ist seit Februar in einer Krippe. Da bereits sein großer Bruder in die Einrichtung geht, war die Suche nach einem Krippenplatz weniger problematisch, da Geschwisterkinder Vorrang bei der Platzvergabe haben. Bei meinem Ältesten haben wir uns nach einen Krippenplatz umgesehen, da war er zwei Monate alt; bei unserem Jüngsten haben wir uns schon angemeldet, als ich gerade einmal in der achten Schwangerschaftswoche war. Überall hieß es: Melde dich rechtzeitig an, denn viele Kitas haben nicht einmal genug Plätze für Geschwisterkinder. In meinem Bekanntenkreise gibt es viele Mütter, die nicht in den Beruf zurückkehren können, weil sie für ihre Erstgeborenen keinen Krippenplatz bekommen. Wie groß der Druck auf die Kitas ist, sieht man auch an der Personalsituation in unserer Einrichtung. In der Krippe werden mittlerweile Fachkräfte über Leihfirmen beschäftigt, einige davon sind lediglich Sozialassistenten.

Aufgezeichnet von Jürgen Amendt, Redakteur „Neues Deutschland“

AUSBILDUNG ZUM/ZUR

cjd die-chancengeber.de

Dyslexietherapeut/-in

Die berufsbegleitende Ausbildung entspricht den Anforderungen des Bundesverband für Legasthenie und Dyskalkulie e.V. (BVL®) und berechtigt den Titel „Dyslexietherapeut/-in nach BVL®“ zu führen.

Kursbeginn September 2013
Wissenschaftliche Leitung Prof. Dr. Grimm (Universität Würzburg)
Ausbildungsort CJD Akademie Oberurff

Weitere Informationen:
Annette Uhlén | Magnus von Kortzfleisch
Bergfreiheiter Straße 19
34596 Bad Zwesten
Telefon (05626) 99 84 0
www.cjd-oberurff.de (-▸ Akademie)

Das CJD bietet jährlich 155.000 jungen und erwachsenen Menschen Orientierung und Zukunftschancen. Sie werden von 9.500 hauptamtlichen und vielen ehrenamtlichen Mitarbeitenden an über 150 Standorten gefördert, begleitet und ausgebildet. Grundlage ist das christliche Menschenbild mit der Vision „Keiner darf verloren gehen!“.

Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • info@habichtswaldklinik.de



In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die

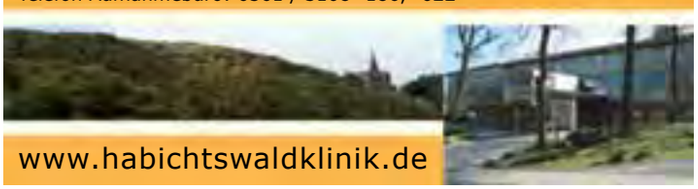
Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin, Kassel - Bad Wilhelmshöhe

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Psychotherapie, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien.
Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach §30 GWO als beihilfefähig anerkannt. Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“, die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

- Psychosomatik
- Burnout
- Tinnitus
- Onkologie
- Innere Medizin
- Ayurveda-Medizin

Kostenloses Service-Telefon: 0800 / 8 90 11 00
Telefon Aufnahmebüro: 0561 / 3108 -186, -622



Auf dem Rechtsweg zum Kita-Platz

// **Was passiert, wenn es vielen Kommunen nicht gelingt, den ab 1. August geltenden Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz oder eine Tagespflege zu erfüllen? Schon jetzt umwerben Anwaltskanzleien Eltern, sie mit Schadensersatzklagen zu beauftragen.** //

Fakt ist: Das Gesetz, das den Rechtsanspruch regelt, ist seit dem 1. Januar 2009 in Kraft. Die GEW drängt seit Langem darauf, dass sich Länder und Kommunen beizeiten um den Kita-Ausbau kümmern sollten. Vor allem eine qualifizierte Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher hätte die Politik schon vor Jahren forcieren und die Attraktivität des Berufs erhöhen müssen. Dies hat sie jedoch versäumt. Jetzt zeigt sich, dass der Personalmangel eines der größten Probleme ist.

Rechtsfolgen

In einem Gutachten für den Deutschen Städte- und Gemeindebund* haben prominente Wissenschaftler die Frage untersucht, welche zwingenden Rechtsfolgen sich aus dem Rechtsanspruch ergeben.



Cartoon: Freimut Wössner

Demzufolge sind die öffentlichen Träger in der Jugendhilfe ab dem Stichtag verpflichtet, für jedes Kind, dessen Eltern es wollen, einen Platz in einer Kita oder Tagespflege bereitzuhalten. Das bedeutet aber nicht, dass die Kommunen gezwungen sind, Kita-Plätze in eigener Trägerschaft anzubieten. Sie werden allerdings, wenn es keine ausreichende Zahl an Plätzen in öffentlicher oder freier Trägerschaft gibt, zur Verantwortung gezogen. Denn die Aufgabe, die Kindertageseinrichtungen gegenüber den Mädchen und Jungen zu erfüllen haben, sind, laut Sozialgesetzbuch (SGB) VIII, Kinder- und Jugendhilfegesetz, „Bildung, Erziehung und Betreuung“ zu garantieren. In welchem zeitlichen Umfang das geschehen sollte, sprich, welche Öffnungszeiten eine Kita hat, lässt das SGB offen. Im Grundsatz kann man aber von einer Öffnungszeit von mindestens 20 Stunden pro Woche ausgehen.

Nach dem Gutachten ist der Rechtsanspruch, sobald die Eltern den Antrag gestellt haben, ab dem Stichtag unverzüglich zu erfüllen. Die Kommunen können sich nicht rausreden und darauf berufen, dass sie keinen Platz in Kita oder Tagespflege finanzieren könnten. Auch Raumprobleme gelten nicht als Argument. Selbst Personalmangel nicht. Die Kommunen sollen jedoch alle Möglichkeiten, ausreichend Personal für die Kitas zu bekommen, ausschöpfen, ohne den Qualitätsstandard in den Einrichtungen zu senken.

Eigeninitiative gefragt

Wenn es der Kommune nicht gelingt, die erforderlichen Plätze anzubieten, können Mütter und Väter versuchen, in Eigeninitiative eine Kindertagesbetreuung zu organisieren. Die Kosten dafür – als Ersatz für den „Primäranspruch“ – werden aber nur dann erstattet, wenn eine Elterninitiative qualitativ den Standards von Bildung, Erziehung und Betreuung in Kitas entspricht.

Wenn Eltern einen Schadensersatzanspruch gegenüber dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe geltend machen (sogenannter „Sekundäranspruch“), weil sie zum Beispiel wegen fehlender Kinderbetreuung ihren Beruf nicht ausüben können, sind sie nachweispflichtig. Sie müssen vor Gericht glaubhaft machen, dass sie tatsächlich einen Einkommensverlust erleiden.

Bernhard Eibeck,
Referent im GEW-Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit

Wiesner/Grube/Kößler: „Der Anspruch auf frühkindliche Förderung und seine Durchsetzung“, erschienen in der Schriftenreihe der Freiherr-vom-Stein-Akademie, Bd. 5, 2013, 19,80 Euro.



Nutzen Sie unsere attraktiven Sonderkonditionen

Dienstunfähigkeitsversicherung
Berufsunfähigkeitsversicherung

Versicherungsschutz bis 67 möglich!

Sicherheit für den Fall der Dienst- oder Berufsunfähigkeit ist wichtig! Denn dieses Risiko wird oft unterschätzt. Die HUK-COBURG bietet Ihnen Sonderkonditionen bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung. Damit sparen Sie über die gesamte Laufzeit bares Geld!

Sprechen Sie mit uns. Wir beraten Sie gerne auch persönlich vor Ort: Die Adressen unserer Geschäftsstellen finden Sie in Ihrem örtlichen Telefonbuch unter »HUK-COBURG« oder unter www.HUK.de/Ansprechpartner

GEW

2 % Nachlass bei Neuabschluss einer Dienst- oder Berufsunfähigkeitsversicherung für Mitglieder der
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

HUK

HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

„In dir steckt doch me Mach was draus!“

// **Jahrelang war Jutta Roitsch Bildungsredakteurin der Frankfurter Rundschau. Jetzt, im Ruhestand, hat sie sich die Biografien von vielfach „gescheiterten“ jungen Menschen erzählen lassen.** //

E&W: Frau Roitsch, was hat Sie zu den Gesprächen mit den Offenbacher Produktionsschülern (s. Kasten, S. 21) veranlasst?



Foto: privat

Jutta Roitsch

Jutta Roitsch: Das untere Drittel unseres Bildungssystems interessiert mich schon lange. Wir wissen wenig über die jungen Erwachsenen im Übergangssystem, außer, dass sie nicht dem „Norm-Lehrling“ entsprechen. Sie haben keine Lobby. Absicht war auch, zu ermutigen: Ergreift die zweite oder dritte Chance, ihr könnt es schaffen! Und natürlich geht es auch um die Frage, unter welchen Bedingungen der Weg zu einem Berufsabschluss doch noch gelingen kann.

E&W: Die Interviewten schwänzten früh die Schule, tricksten jahrelang Eltern und Lehrkräfte aus. Es klingt oft unglaublich!

Roitsch: Es ist leicht, berufstätige Eltern zu täuschen: Man geht mit ihnen aus dem Haus und kommt nach ihnen heim. Die Lehrkräfte dagegen wussten meist, wer mit wem um den Block zieht. Schulverweigerer sind keine Duckmäuser, nicht willensschwach. Nein, sie haben Kraft – oft auch zerstörerische. Ein Teil der Lehrer war froh, wenn sie weg blieben. Sie boten einen Deal an: Entweder du arbeitest mit – oder du kannst gehen. Aber auch das klassische Instrumentarium – Klassen-, Schulverweis oder Bußgeld – hilft nicht weiter: Am Ende stehen die Jugendlichen ohne Schulabschluss da.

E&W: Was müsste Schule stattdessen leisten?

Roitsch: Im Übergangssystem landen die „Benachteiligten“, viele kommen aus Einwandererfamilien. Mir ist bei den Gesprächen aufgefallen, wie unterschiedlich die Biografien sind. Es gibt nicht den Migrationshintergrund. Jeder Fall ist anders. Die Schule hat bisher vor allem sortiert; für die Integration der Jugendlichen in die Gesellschaft sollte der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sorgen. Aber das geht nicht mehr. Jetzt muss das Bildungssystem die Integrationsleistung erbringen. Darauf sind die meisten Lehrkräfte nicht vorbereitet.

E&W: Mehrere Interviewte erzählen, dass es ab der 5. Klasse mit ihrer Schulkarriere bergab ging ...

Roitsch: Ja, in den Klassen 5 und 6 ist Schluss mit der freundlicheren Grundschulpädagogik; die große Selektion findet statt. Die erste Fremdsprache ist für Schüler nichtdeutscher Muttersprache eine weitere Hürde. Und all das in der Pubertät, einer Phase, die schwierig genug ist.

> „Das Bildungssystem muss die Integrationsleistung bringen.“
>
> Jutta Roitsch

E&W: Ist es eine reine Altersfrage, bis es bei den Schwänzern und Lernmüden doch noch „Klick“ macht?

Roitsch: Entscheidend ist, dass die Jugendlichen selbst etwas an ihrem Leben ändern wollen. Dabei kommt es darauf an, wem man begegnet in Schule, Jobcenter, Familie oder im Jugendarrest. Wichtig sind Gesprächspartner, die mit großer Hartnäckigkeit dranbleiben und immer wieder sagen: In dir steckt doch mehr! Mach was draus! Aufgefallen ist mir, dass die muslimischen Gemeinden offenbar wenig aktive Jugendarbeit in diesem Sinne machen. Es wäre so wichtig, dass sie stützen und beraten und die Bedeutung von Ausbildung vermitteln. Bestürzt hat mich, dass niemand der Interviewten in einem deutschen Verein ist. Dabei könnten Fußball oder ein anderer Sport gute Integrationsfaktoren sein.

E&W: Eine Form des Übergangssystems sind die Produktionsschulen. Wem nützen sie?

Roitsch: Die Verbindung von schulischem Lernen und praktischer Arbeit

hr!

ist entscheidend. Ernsthaftes Tun, für das die 16- bis 17-Jährigen Geld bekommen: Das befördert den Willen, erwachsen zu werden und das Leben in die eigene Hand zu nehmen. Das Problem ist, dass im Schnitt nur einer von dreien danach eine Regelausbildung bekommt. Gut geeignet sind Produktionsschulen auch für Kommunen in schwieriger ökonomischer Lage – wie Offenbach. Das Konzept geht nur auf, wenn alle – Jugendamt, Handwerkskammer, Jobcenter, Berufsschule – an einem Strang ziehen. Nur durch eine solche Zusammenarbeit kann die Integration Jugendlicher in das Berufs- und Arbeitsleben gelingen. Das müsste im gesamten Übergangssystem so sein. Es gehört mehr Ruhe, Hartnäckigkeit und Verlässlichkeit rein. Die bisherigen Statusbarrieren und Rivalitäten zwischen den Institutionen helfen nicht weiter.

E&W: Sie wollen das Übergangssystem stärken, das viele ganz abschaffen wollen?

Roitsch: Das duale System der Berufsausbildung ist nicht mehr der Königsweg. Das gibt der Ausbildungsstellenmarkt nicht her. Es muss akzeptiert werden, dass ein Übergangssystem nötig ist. Und zwar eines, in dem anerkannte Berufsabschlüsse möglich sind. Ohne verbindliche Form der Zusammenarbeit verschiedener Einrichtungen geht es nicht. Das aber setzt einen Mentalitätswechsel aller Beteiligten voraus!

Interview: Helga Ballauf,
freie Journalistin

Irgendwann kommt dieser „Klick“



Jutta Roitsch hat neun junge Erwachsene zwischen 17 und 20 Jahren interviewt, die nach Umwegen in einer Offenbacher Produktionsschule landeten. Sie können hier den Hauptschulabschluss nachholen, arbeiten in den Fachrichtungen Technik, Hauswirtschaft, Gastronomie, Hotel oder Verkauf an „echten“ Kundenaufträgen und erhöhen so ihre Chance auf einen Ausbildungsplatz. Fünf Männer und vier Frauen erzählten ihren Werdegang. Nur bei einer Befragten sind beide Elternteile Deutsche; alle anderen haben ausländische Wurzeln. Die Interviewten fühlen sich selbst für ihren schwierigen Lebensweg verantwortlich; sie delegieren die Schuld nicht an Familie oder Lehrkräfte. Groß ist bei allen die Sprachlosigkeit zwischen Eltern und Kindern. Dass (Aus)Bildung wichtig ist, gehört zu den neuen Einsichten. Arbeiten und Geld verdienen dagegen war schon früh „ihr Ding“: Dafür schwänzten die meisten ausgiebig den Unterricht. hbf

Arbeitsförderung Offenbach (Hrsg): Irgendwann kommt dieser „Klick“. Offenbacher Produktionsschüler erzählen. 2012
Download: www.offenbach.de/stepone/data/pdf/37/21/00/produktionsschule-buch.pdf

Zukunft gestalten.

Die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH (GIZ) entsendet qualifizierte Fachkräfte als Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer nach Afrika, Asien, Zentralasien und Lateinamerika, um einen Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Transformations- und Entwicklungsländern zu leisten.

Um in **Botswana** der hohen Arbeitslosigkeit bei gleichzeitigem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, hat sich die botswanische Regierung in Kooperation mit der Privatwirtschaft des Minensektors zum Ziel gesetzt, das Bildungssystem praxisorientiert auszubauen und zu verbessern. Dies soll mit dem Aufbau einer bedarfsgerechten Berufsbildung, die Elemente einer dualen Berufsausbildung in enger Kooperation mit der Privatwirtschaft enthält, erreicht werden. Daher suchen wir engagierte Fachkräfte mit Erfahrung in Berufsbildung oder Ausbildung:

Senior Lecturer, Fachpraxislehrer, Berufsschullehrer, betriebliche Ausbildungsleiter, Meister, Techniker, Ingenieure (m/w) für folgende Fachbereiche:

› Schwermaschinen, Maschinenbau, Landmaschinen, Großmotoren, Job-ID: 12554 (http://j.mp/GIZ12554)
› Gas-Wasser-Installation/Schweißen/Instandhaltung, Job-ID: 12555 (http://j.mp/GIZ12555)
› Elektrotechnik, Job-ID: 12556 (http://j.mp/GIZ12556b)
› Mess- und Regelungstechnik, Job-ID: 12557 (http://j.mp/GIZ12557)
› Industriemechanik/Installation/Wartung/Maschinenbau, Job-ID: 12563 (http://j.mp/GIZ12563)
› Wartung und Reparatur, bes. Industrieanlagen und Maschinen im Tagebau, Job-ID: 12570 (http://j.mp/GIZ12570)
› Kfz-Technik oder verwandte Fachrichtung, Job-ID: 12571 (http://j.mp/GIZ12571)
› Trainingskoordinator (m/w) für Metall-/Elektrotechnik- und Elektronikberufe, Job-ID: 12565 (http://j.mp/GIZ12565)
› Lehrplanentwickler (m/w) für Berufsfachschulen im Fachbereich Fotografie, Job-ID: 12574 (http://j.mp/GIZ12574)

Ihre Aufgaben:
» Konzeptentwicklung und Qualitätssicherung der praktischen Ausbildung
» Beratung bei der Einführung integrierte Ausbildungskonzepte in Kooperation mit Unternehmen
» Unterricht in den Modulen des jeweiligen Fachgebietes sowie Erstellung von Lernmaterialien
» Beratung bei Planung, Beschaffung und Inbetriebnahme ergänzender Ausstattung

Ihr Profil:
Für diese sehr interessanten Aufgaben suchen wir erfahrene Berufsschullehrer/innen oder Praktiker/innen mit Unterrichts- und Ausbildungserfahrung, die neben fundierten Kenntnissen und Erfahrung in ihrem jeweiligen Fachgebiet auch Kompetenzen in der Vermittlung von technisch-praktischem Wissen für die Berufsbildung oder Ausbildung mitbringen. Dazu gehören Erfahrungen in der Erstellung von Ausbildungsmodulen. Teamorientiertes Arbeiten, Vermittlungsfähigkeit für das Zusammenspiel zwischen Schule und Betrieb und gute Englischkenntnisse runden Ihr Profil ab.

Angebot des Entwicklungsdienstes der GIZ:
Wir bieten Ihnen eine Mitarbeit in einer innovativen, weltweit tätigen entwicklungspolitischen Institution. Ihre Kompetenzen sind in einem interdisziplinären Team vor Ort gefragt. Der Entwicklungsdienst der GIZ bietet ein umfangreiches Leistungspaket.

Die detaillierten Stellenbeschreibungen finden Sie im Internet unter **http://www.giz.de/Entwicklungsdienst** mit Angabe der jeweiligen **Job-ID.** Bei Fragen steht Ihnen Frau Sorge, Tel. 0228/4460-1099 gerne zur Verfügung. Wir freuen uns über Ihre Online-Bewerbung.

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Entwicklungsdienst | Anwerbung und Auswahl | Kzf.014
Friedrich-Ebert-Allee 40 | 53113 Bonn | www.giz.de



Mitte April vergangenen Jahres hat der Landtag in Baden-Württemberg grünes Licht für den Start von Gemeinschaftsschulen gegeben. Doch die grün-rote Landesregierung torpediert ihr eigenes Projekt und will die Lasten der Umstellung auf die Schulen abwälzen: Sie plant, 2200 Lehrerstellen zu streichen.

Foto: dpa

Schulen sollen Lasten schultern

// Die neue Gemeinschaftsschule in Baden-Württemberg will Kinder und Jugendliche mit ihren unterschiedlichen Begabungen optimal fördern und in ihrer Lernbiografie unterstützen (s. E&W 2/2013). Keine leichte Aufgabe, da die grün-rote Landesregierung nicht für die notwendigen Rahmenbedingungen sorgt. //

Sie ist keine Gesamtschule, sondern etwas Eigenes: Mit Kompetenzlehrplänen, zieldifferentem Unterricht und starker individueller Förderung will die Gemeinschaftsschule pädagogisch neue Wege gehen, um bessere Bildungschancen für alle Kinder zu ermöglichen.

Wer bisher in Baden-Württemberg aufwuchs, war in puncto Bildung umso erfolgreicher, je vermögender die Familie war, aus der er oder sie stammte. „Das hat sich vor allem bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund und sozial Benachteiligten negativ ausgewirkt“, erkannte die grün-rote baden-württembergische Landesregierung. Sie trat 2011 mit dem Anspruch an, mit einer neuen Schulform das Bildungssystem „sozialer und gerechter“ zu machen. Die Gemeinschaftsschule soll Spaß machen und Lebensmittelpunkt der Schüler werden. Lehrkräfte sollen zu Lernbegleitern werden und Umgebungen schaffen, in denen Kinder eigenverantwortlich lernen und unterschiedlich leistungsstarke Schüler voneinander profitieren.

„Welche Effekte das hat, darüber kann man jetzt noch keine Prognosen abgeben“, sagt Michael Hirn, verantwortlicher Redakteur der Landeszeitung der GEW Baden-Württemberg und Schulleiter: Seit Herbst würden zwar erst 2000 Schüler in der 5. Klasse in den Starterschulen unterrichtet. Doch auf die bildungspolitische und pädagogische Diskussion habe dies großen Einfluss, betont Hirn: „Zu Zeiten der früheren CDU/FDP-Landesregierung hat die Politik klar am gegliederten Schulsystem in der Sekundarstufe festgehalten.“

Inklusion ja – aber wie?

Dahinter steckt ein Menschenbild, das nicht nur für GEWler mehr als fragwürdig ist. Durch die UN-Behindertenrechtskonvention, die inklusive Bildung einfordert, wird die Selektion vollends inakzeptabel. „Konzeptionell können Gemeinschaftsschulen Inklusion besser umsetzen, weil sie Lernen individualisiert und zieldifferent gestalten“, so Doro Moritz, GEW-Vorsitzende in Baden-Württemberg. Problematisch allerdings ist, so das Ergebnis einer von der GEW Baden-Württemberg in Auftrag gegebenen Studie* (s. Interview S. 25), dass parallel zu der noch kleinen Zahl der Gemeinschaftsschulen ein hoch ausdifferenziertes Sonderschulwesen besteht. „Die volle Aufrechterhaltung des Sonderschulsystems bei gleichzeitig inklusiv arbeitenden Schulen ist natürlich sehr teuer“, sagt Moritz. Wie die Schullandschaft mit Blick auf Inklusion künftig aussehen soll, sei noch zu klären. Gemeinschaftsschulen seien dafür allerdings sehr schlecht ausgestattet, bemängelt die Landesvorsitzende: „Die Klassen sind mit 28 Schülern zu groß, die Deputate der Lehrkräfte zu hoch.“

Moritz stimmt mit GEW-Landesgeschäftsführer Matthias Schneider überein, dass die geplanten Sparmaßnahmen von Grün-Rot nicht nur die neue Schulform, sondern ebenso alle anderen Bildungsreformen gefährdeten. „Durch die Streichung von 2200 Lehrerstellen in den Jahren 2013 und 2014 werden

sich die Lern- und Arbeitsbedingungen an allen 4500 Schulen verschlechtern“, stellt Schneider fest. Der weitere Ausbau der Gemeinschaftsschulen sei damit in Frage gestellt. Absurd sei überdies, dass eine Politik, die Innovationen will, gleichzeitig die Mittel für Fortbildungen kürze.

Die an der GEW-Expertise beteiligten Forscher um den Tübinger Schulpädagogikprofessor Thorsten Bohl sehen ein weiteres Problem in unklaren Strukturvorgaben für die kommunale Bildungsplanung. Dass die Einführung in gewissem Sinne „planlos“ verläuft, zeige sich unter anderem daran, dass vor allem Haupt- und Werkrealschulen, kaum jedoch Realschulen und Gymnasien zur Umstrukturierung bereit sind.

Bürgermeister aller politischen Couleur stehen zwar hinter dem Modell, doch aus den Kommunen ist durchaus Kritik zu hören. Sie richtet sich in erster Linie gegen das Genehmigungsverfahren. Das besagt, dass eine Gemeinde nur dann eine Gemeinschaftsschule errichten darf, wenn alle Nachbargemeinden einverstanden sind. Diese Regel wurde im Schulamtsbezirk Böblingen zum Beispiel unterlaufen. Der Konflikt: Ehingen will eine Gemeinschaftsschule. Die wurde auch für den Herbst genehmigt – obwohl die Nachbargemeinde Nufringen den Antrag ablehnte. Der Grund, so Nufringens Bürgermeisterin Ulrike Binninger: „Wir haben die Sorge, dass einige unserer Schüler nun Richtung Gemeinschaftsschule abwandern.“ Da Nufringen selbst eine zu geringe Schülerzahl hat, kann die Gemeinde keine eigene gründen. Ein ähnliches Handicap hatte Ummendorf (Kreis Biberach).

Obwohl das Interesse des Kollegiums der Grund- und Werkrealschule Ummendorf, Gemeinschaftsschule zu werden, groß war, klappte es trotz des offiziell gelobten Konzeptes hier ebenfalls nicht mit der Umstrukturierung aufgrund geringer Schülerzahlen.

Nufringen und Ummendorf sind keine Einzelfälle. „Bei den meisten Ablehnungen war das Kriterium der Zweizügigkeit nicht erfüllt“, hieß es aus dem baden-württembergischen Kultusministerium. Denn neben dem pädagogischen Profil sei es für die Zustimmung der Behörde von Bedeutung, „ob die Schulen auch in Zukunft Bestand haben und pädagogisch gut arbeiten können, weshalb eine Mindestgröße wichtig ist“, so Pressereferentin Christine Sattler. Ursprünglich hatten 120 Schulträger für das kommende Schuljahr Gemeinschaftsschulen beantragt. Die meisten der 33 Ablehnungen waren mit einem zu niedrigen Schüleranteil begründet.

Unter Zeit- und Erfolgsdruck

Die Ahorner Schule im Main-Tauber-Kreis zur Gemeinschaftsschule „Lernhaus Ahorn“ umzugestalten, war, so Schulleiterin Carmen Stemmler, eine immense Herausforderung. Groß war der Zeit- und Erfolgsdruck: „Innerhalb weniger Monate mussten die Unterrichtsvorbereitungen, die Regularien und sonstigen Vorbereitungen für den Start geregelt werden.“ Und das in aller Professionalität – schließlich scheinen Kritiker regelrecht auf „Fehler“ zu warten. „Dabei war auf keine Erfahrung zurückzugreifen“, betont Stemmler.

Gemeinschaftsschulen wollen nicht nur ein neues Kapitel beim Lernen aufschlagen. Die gesamte Schul- und Unterrichtskultur solle sich, betont Hirn, auch verändern: „Weg von der Klassennorm und damit verbundenen Sanktionen, wenn diese nicht erreicht wird, hin zu individuellen Lern- und Förderkonzepten.“ Der Expertise von Thorsten Bohl zufolge wird dieser Anspruch in den meisten Starterschulen tatsächlich

LBN VVaG
gegründet als
Lehrerbrandkasse –
heute offen für alle
Tel. 05 11/54 48 88-0
www.lbn.de

Weniger zahlen.
Besser leben.

Sparen auch Sie mit unseren
überaus günstigen Versicherungen.

Hausrat-, Elementarschaden- und Glasbruchversicherung
siehe FINANZtest 5/12
Unfallversicherung



Rechnen Sie im Internet nach oder rufen Sie uns an! Profitieren Sie über unsere günstigen Wahltarife hinaus von maßgeschneiderten Leistungen, kompetenter Beratung und persönlicher Betreuung (kein Call Center).

LBN
sicher versichert seit 1845



Foto: GMS

Gemeinschaftsschule Mönchweiler: Laut einer schulinternen Umfrage ist die Zufriedenheit bei Eltern und Schülern groß.

umgesetzt. In der inklusiven Gemeinschaftsschule Grötzingen etwa über Lerntagebücher, Kompetenzraster und Wochenpläne.

Nicht alle haben Angst

Während sich viele Lehrerinnen und Lehrer schon in relativ homogenen Klassen in Haupt- und Realschulen schwer tun, allen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden, sollen sie es in der Gemeinschaftsschule schaffen, völlig unterschiedliche Kinder in heterogenen Lerngruppen individuell zu fördern. Doch beispielsweise an einer Ulmer Realschule hat das Kollegium keine Angst vor der neuen Herausforderung. Laut Rektor Volker Schumacher hat die Schule schon jetzt eine sehr gemischte Schülerschaft: Kinder mit Realschulempfehlung treffen auf Zugänge von den Hauptschulen sowie „Rückläufer“ vom Gymnasium.

Ganztags im eigenen Tempo lernen seit diesem Schuljahr auch die Mädchen und Jungen der Gemeinschaftsschule Mönchweiler. Laut einer schulinternen Umfrage sei, so Schulleiter Johannes Todt, die Zufriedenheit bei Schülern und Eltern sehr groß: „Es gelingt uns tatsächlich, den Druck von einzelnen Schülern zu nehmen.“

Eine Elternumfrage der Barbara-Gonzaga-Gemeinschaftsschule in Bad Urach bei Reutlingen ergab ein ebenso positives Ergebnis wie in Mönchweiler. „Wir haben es noch keine Sekunde bereut. Unser Sohn ist zufriedener und ausgeglichener als in der Grundschulzeit und geht sehr gern in die Schule“, äußern zum Beispiel die Eltern des kleinen Alexander.

Lehrkräfte sehen die Gemeinschaftsschule hingegen mit gemischteren Gefühlen. „Nicht verwunderlich“, so Michael Hirn: „Schließlich sind sie alle im gegliederten System sozialisiert worden und können sich kaum vorstellen, dass Kinder auch in heterogenen Lerngruppen erfolgreich lernen.“

Einer, der es allerdings großen Spaß macht, an einer Gemeinschaftsschule zu unterrichten, ist Antje Kopp von der Gemeinschaftsschule Döffingen im Kreis Böblingen. „Für mich ist ein Traum Wirklichkeit geworden“, schwärmt sie. Die Fortschritte der Kinder zu beobachten, das sei für sie täglich „ein kleines Wunder“. Genau das motiviert die Pädagogin. Die entstehende Mehrarbeit, etwa durch die regelmäßigen Coachinggespräche mit einzelnen Kindern, sei daher für sie nicht so relevant. Auch Lisa Lachmann, Klassenlehrerin der Lerngruppe 5a in der Gemeinschaftsschule Mönchweiler, macht das neue Arbeiten Freude: „Der Umgang mit den Schülern ist viel persönlicher geworden.“ Allerdings bringe sie nun auch noch mehr private Zeit als bisher in den Beruf ein: „Dass sich am Gehalt nichts ändert, finde ich schon bedauerlich.“

Zudem kritisiert die GEW Baden-Württemberg, dass die Lehrkräfte an den Starterschulen für die gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt werden.

Pat Christ,
freie Journalistin

Gemeinschaftsschule

Die Gemeinschaftsschule ging im Schuljahr 2012/2013 mit hohen Erwartungen an den Start. 42 Schulen nahmen mit jeweils zwei bis vier Klassen den Betrieb auf. Weitere 87 Schulen werden im September 2013 hinzukommen. Die neue Schulform soll im besten Fall ein Zusammenschluss aus Haupt-, Werkreal-, Realschule und Gymnasium sein. In der Realität sieht es meist etwas anders aus. So werden im kommenden Schuljahr lediglich vier Realschulen als Gemeinschaftsschulen starten. Gymnasien sind nicht dabei. Strukturell bilden die Klassenstufen 5 bis 10 den Kern der neuen Schulform. Den ganzen Tag über wird rhythmisiert gelernt. Die Abschlüsse der Haupt- und Realschule können die Schüler nach der 9. bzw. 10. Klasse ablegen. Falls sich mindestens 60 Schüler für die Klassenstufe 11 anmelden, können eine dreijährige Oberstufe eingerichtet und das Abitur gemacht werden. Insgesamt haben sich für das kommende Schuljahr 5738 Schülerinnen und Schüler für die fünften Klassen an 149 Gemeinschaftsschulen angemeldet. Gemessen an der Einwohnerzahl ist die Dichte in Bezug auf die Gemeinschaftsschulen im Regierungsbezirk Tübingen am höchsten.

P. C.

Mitdiskutieren
www.gew.de/EundW.html

„Immense Herausforderung“

// Paradigmenwechsel im Bildungssystem Baden-Württembergs: Mit dem Start der Gemeinschaftsschule im Schuljahr 2012/13 können Kinder im Ländle erstmals länger gemeinsam lernen (s. S. 22 ff. und E&W 2/2013). Eine Expertise* der GEW Baden-Württemberg gibt Handlungsempfehlungen für die Schulgründer. Ein Interview mit Thorsten Bohl, Professor für Schulpädagogik, Universität Tübingen, einem der beiden Herausgeber der Studie. //

E&W: Wie zufrieden sind Sie mit dem Auftakt der Gemeinschaftsschulen?

Thorsten Bohl: Quantitativ betrachtet: Es gab viele Anträge zur Schulgründung. Qualitativ ist festzustellen: Viele genehmigte Gemeinschaftsschulen haben wenig Schüler. Es ist unklar, wie sich die Schülerzahlen hier künftig entwickeln werden. Hinzu kommt, dass Gemeinschaftsschulen mit anderen Schularten konkurrieren, vor allem um leistungsstarke Kinder. In vielen Regionen stehen ein Gymnasium oder eine Realschule zur Wahl. Ob es den Gemeinschaftsschulen gelingen wird, perspektivisch auch für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler attraktiv zu sein, ist eine der wichtigen, noch offenen Fragen.

E&W: Was empfehlen Sie den zentralen Akteuren?

Bohl: Wir empfehlen für die regionale Schulentwicklung ein Planungsverfahren, das langfristig ausgerichtet ist und nicht kurzfristig der Rettung einzelner Schulen dient. Schulintern ist eine Konzeption zum Umgang mit Heterogenität zu entwickeln. Hier bringen die Einrichtungen sehr unterschiedliche Traditionen mit.

E&W: Worauf sollten Schulleitungen und Kollegien sonst achten?

Bohl: Wichtig ist: Die Organisation der Gemeinschaftsschule ist eine systemische Herausforderung, die nicht von einigen wenigen Kolleginnen und Kollegen und auch nicht nur über andere Methoden realisiert werden kann. Notwendig sind positive Einstellungen der Pädagogen zur Heterogenität, eine hohe Qualität im Unterrichts- und Schulalltag sowie pädagogische und didaktische Konzepte, wie man mit heterogenen Lerngruppen arbeitet.



Foto: privat

E&W: Was bereitet beim Start die größten Schwierigkeiten?

Bohl: Für Lehrkräfte stellt häufig die Entwicklung einer auf das individuelle Lernen orientierten Unterrichtskonzeption eine immense Herausforderung dar.

Thorsten Bohl

Für die regionale Schulentwicklung bedeutet es veränderte Übergangszahlen und Schülerströme. Das alles so auszubalancieren, dass man nicht andere Schulen benachteiligt, ist schwierig.

E&W: Hoffen Sie mittelfristig auf ein Aus des gegliederten Schulsystems?

Bohl: Nein, derzeit ist das kein Ziel, das man verfolgen sollte. Für Baden-Württemberg sehe ich vielmehr ein Zwei-Säulen-Modell – also dass es nur noch zwei Schulformen, Gymnasium und Gemeinschaftsschule gibt – als die momentan einzig realistische Perspektive.

E&W: Der Städtetag sprach sich soeben dafür aus, das nach seiner Auffassung zu eng gefasste Konzept der Gemeinschaftsschulen zu lockern. So sollten im pädagogischen Bereich auch leistungshomogene Gruppen zugelassen werden. Was sagen Sie?

Bohl: Betrachtet man diese Forderung aus der Perspektive benachteiligter und leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler, stelle ich fest: Dauerhafte Selektion führt nicht weiter.

E&W: Inzwischen belegen ja zahlreiche Studien, dass sich vor allem für Leistungsschwächere neue Chancen ergeben, wenn sie gemeinsam mit -stärkeren lernen.

Bohl: Das ist in der Tat einer der wichtigsten Vorteile integrierter Schulsysteme – vorausgesetzt, die Unterrichts- und Schulqualität stimmt. In unserer Expertise sprechen wir uns darum für heterogene Lerngruppen aus. Wo es notwendig ist, können Schüler allerdings gezielt in homogenen Gruppen unterstützt werden.

E&W: In gewisser Weise geraten die Sonderschulen wohl in die Bredouille?

Bohl: Stimmt, das ist eine riesige Baustelle. Baden-Württemberg hat ein sehr ausdifferenziertes Sonderschulwesen. Für Sonderschulleitungen ist es äußerst schwierig, einerseits ihre eigene Schule weiter zu betreiben und dabei parallel den Aufbau einer Gemeinschaftsschule zu organisieren.

E&W: Wie ist die Resonanz auf Ihre Expertise?

Bohl: Extrem gut! Der Bedarf danach, Probleme sachlich auszudifferenzieren und Lösungsvorschläge anzubieten, ist immens.

Interview: Pat Christ,
freie Journalistin

***Thorsten Bohl, Sibylle Meissner (Hrsg.): Expertise Gemeinschaftsschule, Forschungsergebnisse und Handlungsempfehlungen, Beltz Verlag, Weinheim und Basel, 2013. Die Expertise hat die GEW Baden-Württemberg in Auftrag gegeben, gefördert wurde sie von der Max-Traeger-Stiftung der GEW.**



L-ego: GEW leitet Strategie

// Die GEW will die Landesregierungen künftig stärker in die Verantwortung nehmen, um eine Lehrkräfte-Entgeltordnung (L-ego) durchzusetzen. Diese Empfehlung sprachen Anfang April über 80 Vertreterinnen und Vertreter aller GEW-Landesverbände während einer Strategiekonferenz in Merseburg aus. //



Dem Votum der Konferenzteilnehmer schloss sich der Koordinierungsvorstand der GEW, in dem die Landesvorsitzenden und die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes sitzen, an. Er gab den vorgeschlagenen Strategiewechsel in die Mitgliederdiskussion.

Die Erfahrungen seit 2009 haben gezeigt, dass eine tarifliche Einigung über die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte auf dem bisherigen Weg nicht zu erreichen ist. Es besteht Übereinstimmung, die grundlegenden Forderungen nicht aufzugeben. Denn es ist und bleibt ein Skandal, dass ausgerechnet die öffentlichen Arbeitgeber einem großen Teil ihrer Angestellten den vollen tarifvertraglichen Schutz vorenthalten. Das Ziel, dass am Ende in ganz Deutschland die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte auf der Grundlage von Qualifikation und Tätigkeit tarifvertraglich geregelt ist, wird weiterhin verfolgt. Lediglich der Weg dahin muss nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre überdacht werden. Dabei wird der Streik als Kampfmittel zur Durchsetzung der L-ego ausdrücklich nicht ausgeschlossen. Die GEW ist bei diesem Thema nicht in der Friedenspflicht. Das zeigen beispielsweise schon jetzt die Aktionen und Warnstreiks, zu denen die GEW Berlin Ende April aufgerufen hatte.

Trotz intensiven Einsatzes ist es den Gewerkschaften auch in der Tarifrunde 2013 nicht gelungen, einen Tarifvertrag zur Lehrkräfte-Eingruppierung zu erreichen (s. E&W 4/2013). Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hatte gegen Ende der Verhandlungen lediglich ein Papier vorgelegt, das fast wortgleich mit ihrem Angebot war, das die GEW schon in der Tarifrunde 2011 abgelehnt hatte. Mit diesem Vorschlag wäre das Alleinbestimmungsrecht der Arbeitgeber im Kern erhalten geblieben. Zudem boten sie eine Verhandlungszusage an, die die sächsischen Lehrkräfte ausdrücklich ausgeschlossen und die GEW in die Friedenspflicht gezwungen hätte. Das konnte und wollte die GEW nicht unterschreiben.

Warum jetzt ein möglicher Strategiewechsel? In der TdL sitzen Ministerialbeamte aus den tarifzuständigen Ministerien (Finanz- oder Innenressort). Politisch Verantwortliche sind lediglich in den Spitzenverhandlungen vertreten. In der Tarifrunde 2013 waren dies die Finanzminister aus Sachsen-Anhalt, Jens Bullerjahn (SPD), und Sachsen, Prof. Georg Unland (CDU), sowie die Bremer Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne). Die Schul- oder Kultusressorts nehmen an den Verhandlungen nicht teil. Die Gespräche in den vergangenen Jahren haben immer wieder gezeigt, dass die TdL-Vertreter weder willens noch in der Lage waren, sich auf die Komplexität der Beschäftigungsverhältnisse im föderalen Bildungswesen einzulassen und Wege abseits der seit Jahrzehnten eingeübten Arbeitgeberwillkür zu beschreiten.

Diese Blockade kann nur überwunden werden, wenn diejenigen, die am Verhandlungstisch sitzen, sich auch gegenüber Parlamenten und Öffentlichkeit für ihre Verweigerungshaltung rechtfertigen müssen. Gerade Landesregierungen, die sich öffentlichkeitswirksam für Tariftreue einsetzen, müssen auch gegenüber ihren eigenen Beschäftigten beim Wort genommen werden. Mit den politisch Verantwortlichen zu sprechen heißt aber zwingend, die Auseinandersetzung um L-ego auf die Ebene der Länder als Arbeitgeber der Lehrkräfte zu verlagern.

Die Verhandlungen in die Länder zu tragen heißt auch, diese einzubinden in die dort bereits laufenden Auseinandersetzungen. So zum Beispiel Berlin: Hier hatte die GEW die Landesregierung schon im vergangenen Jahr, als Berlin noch nicht wieder Mitglied

wechsel ein

der TdL war, zu Verhandlungen über alternsgerechte Arbeitsbedingungen, Zulagenregelungen für angestellte Lehrkräfte und Eingruppierung aufgefordert. Die Eingruppierungsfragen wurden damals jedoch unter Verweis auf die L-ego-Verhandlungen im Rahmen der Tarifrunde 2013 zurückgestellt. Ab sofort steht das Thema wieder auf der Tagesordnung.

L-ego bleibt auf Tagesordnung

Auch in Sachsen geht es mit L-ego weiter. Nachdem die Landesregierung geblockt hatte, gab es bereits Anfang September 2012 erste landesweite Streiks mit über 10 000 Teilnehmern. Nach weiteren massiven Streiks laufen seit März 2013 Verhandlungen über einen Demografie-Tarifvertrag. Dieser soll die Attraktivität des Lehrerberufs sichern und den Generationenwechsel an den Schulen begleiten. Dazu gehören auch die Eingruppierung und gegebenenfalls Altersteilzeit. Ein ähnliches Vorhaben gibt es in Mecklenburg-Vorpommern. Hier hat die Bildungsgewerkschaft die Landesregierung am 29. Januar zu Verhandlungen aufgefordert.

Auch in Sachsen-Anhalt verlangt die GEW einen Demografie-Tarifvertrag. Sie will verhindern, dass die Pflichtstunden – wie derzeit von der Landesregierung geplant – angehoben werden. Diese waren in Sachsen-Anhalt bisher im Rahmen der Beschäftigungssicherungstarifverträge festgeschrieben. Die Bildungsgewerkschaft erwartet, dass Probleme in der Personalentwicklung nicht nur bei Überhängen, sondern auch in den kommenden Zeiten des Personalmangels mit der GEW tarifvertraglich gelöst werden.

Unabhängig vom notwendigen Diskussionsprozess in allen GEW-Landesverbänden soll der Schwung aus der Tarifrunde 2013 in die nun anstehenden Auseinandersetzungen mitgenommen werden. Das gilt auch für die Landesverbände mit geringeren Angestelltenanteilen in der Lehrerschaft als in Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern. Auch dort wird jetzt über geeignete Maßnahmen zu diskutieren sein, um mit den politisch Verantwortlichen in den Landesregierungen über die Tarifierung der Lehrkräfte-Eingruppierung ins Gespräch zu kommen.

Gewerkschaftliche Strategien können nur erfolgreich sein, wenn die Basis sie trägt. Deshalb hat der Koordinierungsvorstand ein Strategiepapier zur Diskussion in die Mitgliedschaft gegeben. Jetzt sind alle GEW-Untergliederungen aufgefordert zu beraten, ob sie den Strategiewechsel mittragen und welche Aktionen sie in ihrem Landesverband für sinnvoll und machbar halten.

Ilse Schaad,
Leiterin des GEW-Arbeitsbereichs
Angestellten- und Beamtenpolitik

Das Strategiepapier und die lebhafte Diskussion auf der GEW-Website finden Sie unter: www.gew.de/L-ego_GEW_leitet_Strategiewechsel_ein.html.



Foto: dpa

Die Berliner GEW macht Druck: 3000 angestellte Lehrkräfte gingen Ende April in der Hauptstadt für ihr Recht auf tarifliche Eingruppierung sowie alternsgerechte Regelungen auf die Straße. So wollen sie die Arbeitgeberseite an den Verhandlungstisch bringen.

„Da ist der Brokkoli grün“

// Zum Ganztagsangebot gehört das warme Mittagessen. Doch das ist für manche Eltern zu teuer. Vor allem mangelt es bei der Schulverpflegung oft an der Qualität. Dass eine gute und preiswerte Küche möglich ist, zeigen Schulen in Hessen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (NRW). //

Essenszeit an der Gesamtschule Niederwalgern bei Marburg: Hinter der Theke füllen Frauen mit grünen Schürzen und Kappen Fischbratlinge und Spaghetti auf die Teller. An der Salat-, Obst- und Gemüsebar greifen die Jugendlichen herzhaft zu: „Wenn sie sich den Salat selbst zusammenstellen können, essen sie mehr davon“, weiß der Projektleiter Schulverpflegung, Michael Freiling. „Das Essen ist richtig lecker“, bestätigen die Schülerinnen und Schüler der sechsten Klasse, die auf die nächste Nudelportion warten. Nur Pizza könnte es noch öfter geben, monieren sie.

Die Gesamtschule Niederwalgern ist für ihr Schulessen ausgezeichnet worden: Drei Kochmützen und damit die höchste Prämierung haben die Mahlzeiten in der lichtdurchfluteten Mensa von der AG Schulverpflegung der Hochschule Niederrhein bekommen. Untersucht wurden etwa Vollwertigkeit der Kost, Abwechslung und Hygiene. Ökotrophologie-Professor Volker Peinelt, der das Projekt wissenschaftlich begleitet: „Das ist natürlich kein Gourmetrestaurant. Aber das Gemüse ist bissfest, das Fleisch schmackhaft. Am Fisch gibt es nichts auszusetzen.“

Sparmodelle bevorzugt

Damit bildet die Caféteria eine Ausnahme. „Insgesamt ist die Qualität der Schulverpflegung mangelhaft“, sagt Peinelt. Dabei sind die mehr als 14 000 Ganztagsschulen in Deutschland nach einem Beschluss der Kultusminister verpflichtet, ein warmes Mittagessen anzubieten. Doch während Uni-Mensen professionell organisiert werden, setzten die Schulträger oft auf Sparmodelle, kritisiert der Experte.

So werden etwa zwei Drittel der deutschen Schulmensen von sogenannten Warmverpflegern versorgt. Das bedeutet, dass die Mahlzeiten meist schon am Vormittag in Zentralküchen gekocht und dann ausgeliefert werden. Vier bis sechs Stunden Warmhaltezeit sind nicht ungewöhnlich. Die Folge: Zerkochtes Gemüse, das kaum Geschmack und Vitamine hat.

Die Gesamtschule Niederwalgern hat sich für einen anderen Weg entschieden: „Cook and Chill“ heißt das Verfahren, bei dem eine Zentralküche die Gerichte aus regionalen, gentechnikfreien Produkten lediglich vorkocht und tiefgekühlt an die Schulen liefert. Dort werden sie dann schonend dampferhitzt und fertig gegart. Freiling, selbst Koch, hält viel davon: „Da ist der Brokkoli grün, da sind die Karotten rot. Da gibt es nie etwas Braunes oder Matschiges.“ Geliefert wird das vorgegarte Essen von einem Caterer aus dem 100 Kilometer entfernten Frankfurt.

Selbstkochen ist zu teuer

Natürlich wäre es ideal, wenn in den Schulen selbst gekocht würde. „Aber das ist das teuerste System“, sagt Ökotrophologin Elke Liesen vom Schulessen-Projekt der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE). Dazu brauche es genügend Zeit, Geld und Fachplaner. Deshalb gibt es nur wenige Schulen mit eigener Frischküche.

Manchmal stellt sich der Schulträger so hinter das Projekt, dass eine Schulküche finanziert werden kann. So war es zum Beispiel bei der von der DGE preisgekrönten Mensa der Gemeinschaftsschule Schafflund im Norden Schleswig-Holsteins. Dort steigt die Zahl der Schüler, die am Mittagstisch teilnehmen, freut sich Konrektor Ulf Rottschäfer.

Dagegen musste die Ahlener Mammutschule in NRW hart um ihr Schulrestaurant kämpfen: „Wir wollten uns nicht beliefern lassen. Wir wollten unbedingt selbst kochen“, erzählt Schulleiterin Gabriele Stöver. Als sie sich ihre Küche in Eigenregie zusammenkauften, seien sie mitleidig belächelt worden.

Heute gilt das ebenfalls von der DGE ausgezeichnete Schulrestaurant als Vorzeigeprojekt für gesunde Ernährung. Jeden Mittag versammeln sich die Grundschüler in altersgemischten Gruppen um die Tische. Das Essen wird in Schüsseln auf den Tisch gestellt und erklärt. „Wir schaffen eine Familienatmosphäre“, sagt Stöver. Zumindest eine Gabel voll müssen die Kinder auch vom Spinat, Kohlrabi oder Fisch probieren. Das gehört zum Prinzip. Dazu gibt es ein tägliches Frühstücksbuffet, Kräuter und Obst aus dem Schulgarten.

„Wir stellen fest, dass sich das Essverhalten der Kinder ändert“, freut sich die Schulleiterin. Es werde wesentlich mehr Gemüse und Salat als in der Anfangszeit gegessen. Allerdings ist die Mittagsverpflegung für die Kinder, die das Ganztagsangebot nutzen – derzeit 95 – verpflichtend. Das gab bei der Einführung



harte Diskussionen mit den Eltern, aber anders seien die hohe Qualität des Essens und der günstige Preis von 2,30 Euro nicht zu halten.

Nur selten Bioessen

Im Durchschnitt kostet die warme Schulmahlzeit in Deutschland 2,50 Euro. Die Preise reichen je nach Bundesland von 1,90 Euro in Thüringen bis zu 4,20 Euro in Bayern. Darauf wird der volle Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent erhoben. Dagegen zahlen Jugendliche für Döner, Pommes und Bratwurst zum Mitnehmen nur den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent. Arme Kinder können mit Hilfe des Teilhabepakets für einen Euro in der Schulkantine essen. Biogerichte gibt es nur selten. Eine Ausnahme bildet die Stadt München, die von ihren Caterern einen Bioanteil von 50 Prozent fordert.

Der Preis für die Schulmahlzeiten hängt natürlich auch an der Frage, wie viele Kinder regelmäßig in die Kantine gehen: In Niederwalgern ist die Teilnahme am Mittagessen wie fast überall in deutschen Schulmensen freiwillig. Es werden aber weder Brötchen noch Snacks parallel angeboten. Trotzdem machen nur 100 bis 200 der 700 Schüler mit.

Ganz anders ist das System in Japan, wo die als hervorragend geltende Schulverpflegung zentral organisiert wird. Gemüse wird in jeder Schule von Hand geputzt und frisch zubereitet. Allerdings haben die japanischen Schüler keinerlei Auswahl: Es gibt immer nur ein Mittagessen, an dem alle teilnehmen. Das sorgt für weniger Aufwand und niedrige Kosten. Verzehrpflicht wäre bei Schülern und Eltern in Deutschland allerdings kaum durchzusetzen.

Gesa Coordes,
freie Journalistin



Mittagessen in der Schulkantine: Die Qualität der Schulverpflegung sei oft mangelhaft, urteilen Experten. Nicht so in der Gesamtschule Niederwalgern bei Marburg, die für ihre gesunde und abwechslungsreiche Kost sogar ausgezeichnet worden ist. Man sieht, dass es den Schülerinnen schmeckt.

Foto: Gesa Coordes

SCHÜLERWETTBEWERB ZUR POLITISCHEN BILDUNG 2013 >>

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung



» WAS IST DER SCHÜLERWETTBEWERB?

Die Schüler✌ einer Klasse, eines Kurses oder einer AG führen gemeinsam ein Unterrichtsprojekt durch. Die erarbeiteten Ergebnisse werden von den Schülern✌ dokumentiert (z. B. als Wandzeitung, Internetseite, Leseheft) und eingesandt. Zu gewinnen sind über 400 Preise wie z.B. Klassenfahrten.

› für alle Klassen 5 bis 11 (eine Aufgabe schon für 4. Klassen)
› für alle Schulformen
› sorgfältig aufbereitete Aufgaben zu aktuellen Themen
› Start: Mit jedem neuen Schuljahr
› Einsendeschluss: 1. Dezember
› fächerübergreifende Projekte für z.B. Politik, Geschichte, Deutsch, Wirtschaft, Recht, Sozialkunde, Religion, Philosophie, Ethik, Kunst, Informatik, Erdkunde u.a.
› Newsletter bestellen (ca. 3 x pro Jahr) unter sw@bpb.de

☐ **Ich möchte die kostenlosen Wettbewerbsunterlagen erhalten.**

Vorname / Name / ggf. Schule

Straße / Hausnummer

Postleitzahl / Ort

E-Mail

Senden Sie diesen Abschnitt an: bpb-Schülerwettbewerb -- Postfach 2345 -- 53013 Bonn -- Fax 0228. 99 51 55 85

Mit der Übersendung Ihrer Daten stimmen Sie zu, dass Ihre personenbezogenen Daten gespeichert werden. Wir versichern Ihnen, dass die Angaben ausschließlich im Rahmen der Aufgaben der bpb und keinesfalls für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Mehr Informationen unter www.schuelerwettbewerb.de

Aufsicht sucht neue Rolle

// Wie viel Aufsicht braucht Schule? Ist Schulaufsicht noch nötig, wenn die Schulen – politisch gewollt – immer „selbstständiger“ werden sollen? Mit diesen Fragen beschäftigte sich eine Tagung der Evangelischen Akademie im nordhessischen Hofgeismar – ein Anstoß zur Debatte aus Hessen. //

Ohne Aufsicht kann Schule nicht funktionieren. In diesem Punkt waren sich alle einig: Schulleiterinnen und Schulleiter, Beamte der Schulaufsicht sowie Vertreter von Elternbund und GEW. Auch wenn Schulen künftig mehr „Selbstständigkeit“ erhielten, an einem bestimmten Punkt „brauchen die Schulleiter einfach unsere Unterstützung“, sagte Wolfgang Bott, stellvertretender Vorsitzender der Konferenz der Schulaufsicht in Deutschland (KSD). Er nannte exemplarisch Disziplinarverfahren gegen Lehrerinnen und Lehrer oder das Ausfertigen von Arbeitsverträgen. Mit solchen Fragen seien Schulleitungen schlicht überfordert, „dafür brauchen sie einfach Juristen“, erklärte Bott.

„Nötig ist eine starke Schulaufsicht“, betonte Rolf Dubs, Professor am Institut für Wirtschaftspädagogik in St. Gallen. Nur müsse diese Institution ihre Rolle neu definieren. Dubs erinnerte daran, wie sie sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert habe. Der Inspektor, der nur überprüfe, ob der Lehrplan eingehalten wird, sei längst abgelöst vom Schulaufsichtsbeamten mit beratender Tätigkeit.

Auch die hessische Landesregierung sieht in der Schulaufsicht ein wichtiges Instrument. Alexander Lorz, Staatssekretär im Kultusministerium, stellte das neue hessische Landesschulamt vor (siehe Kasten), das es seit Januar gibt. Darin integriert sind die Staatlichen Schulämter und damit auch die Aufsichtsbehörden. Lorz verspricht sich von diesem Modell mehr Effizienz. Allerdings gibt es heftige Kritik. Gerhard Merz, integrationspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im hessischen Landtag, die stellvertretende GEW-Landesvorsitzende Birgit Koch und Hella Lopez, Vorsitzende des hessischen Elternbundes, brachten es in der Diskussion auf einen gemeinsamen Nenner: Die Behörde sei überflüssig. Jedoch: Schule sei eine Institution des Staates und müsse deshalb auch kontrolliert werden, unterstrich Koch. Schließlich werde Steuergeld für die Bildung von Kindern und Jugendlichen ausgegeben, „und man muss prüfen, ob es richtig verwendet wird“. Insofern sei eine funktionierende Schulaufsicht nötig.



Foto: imago

Die Rolle der Schulaufsicht ist umstritten. Was soll sie leisten?

Unterstützende Tätigkeit

Die Rolle dieser Institution sieht die Gewerkschafterin jedoch eher in einer unterstützenden Tätigkeit. So müsse die Schulaufsicht etwa darauf achten, dass den Lehrkräften genügend Fortbildungen angeboten und mehr Schulpsychologen eingestellt würden. Außerdem sollte sie sicherstellen, dass die Vergleichbarkeit von Bildungsstandards gewährleistet sei. „Sicherlich ist auch mal ein Disziplinarverfahren gegen eine Lehrkraft an der Schule nötig, aber das sollte nicht erste Aufgabe der Aufsicht sein“, sagte Koch.

Ein Problem sieht die GEWlerin in der politisch gewollten Entwicklung hin zu selbstständigen Schulen, die der Diskussion um die Rolle der Aufsicht zugrunde liege. Gerade in Hessen erwarte die Politik von den Schulen weitere Schritte in Richtung Eigenständigkeit. Dabei gehe es aber nicht um pädagogische Fragen, bemängelte sie, „sondern vor allem darum, dass Schulen ihre Budgets selbst verwalten sollen“. Aber das sei nicht die Aufgabe von Pädagogen.

Wolfgang Bott sprach bei der Tagung lieber von „selbstständigeren Schulen“. Jede Einrichtung müsse die Gelegenheit bekommen, sich selbst ein Profil zu geben. Dieses zu überprüfen, könne ebenfalls eine der neuen Aufgaben der Schulaufsicht sein.

Georg Leppert,
FR-Redakteur

Hessisches Landesschulamt

Mit den Stimmen von CDU und FDP beschloss der hessische Landtag, ein Landesschulamt einzurichten. Die Behörde mit Sitz in Wiesbaden hat im Januar 2013 ihre Arbeit aufgenommen und soll die Verwaltung der Schulen erleichtern. In der neuen Institution fusionieren das Amt für Lehrerbildung und das Institut für Qualitätsentwicklung. Die 15 Staatlichen Schulämter in Hessen sind seit Januar Teil des Zentralamts, bei dem auch die Schulaufsicht angesiedelt ist.

Die Opposition im Landtag sowie die GEW halten die neue Behörde für überflüssig, da sie den Schulalltag nicht verbessere. Der Berufsverband hessischer Schulpsychologen kritisiert, in dem Amt fühle sich niemand für die Arbeit der Psychologen zuständig. Kultusministerin Nicola Beer (FDP) rechtfertigt die neue Institution. Als ersten Erfolg nannte sie ein einheitliches Konzept zur Leseförderung, das nicht mehr nach Schultypen und Schulämtern getrennt sei. G.L.

„… in weiten Teilen stark lenkend“

// Die Kritik an kostenlosen Unterrichtsmaterialien (s. E&W 1/2013 „Gütesiegel für Propaganda“), die von der Wirtschaft finanziert werden, reißt nicht ab. Diesmal beschäftigt sich E&W mit dem Thema Braunkohle-Nutzung. //

„Braunkohle im Energiemix“ lautet der unverfängliche Titel der 36-seitigen Broschüre. Das Lehrmaterial, erstellt für die Klassen 10 bis 13, liefert Basiswissen zur „Stromerzeugung in Deutschland“ und „Entstehung von Braunkohle“. Auch „Vorteile & Nachteile der Braunkohlenutzung“ werden angesprochen. Doch das Heft stößt auf harsche Kritik. „Die Unterrichtsmaterialien sind in weiten Teilen nicht problemorientiert, sondern stark lenkend.“ Das erklärt Bettina Zurstrassen, Professorin an der Universität Bielefeld, zuständig für Didaktik der Sozialwissenschaften. Mitherausgeberin von „Braunkohle im Energiemix“ ist der Deutsche Braunkohle-Industrie-Verein (DEBRIV) in Köln.



Fotos: imago

Umweltverpester Braunkohlekraftwerk in der Nähe von Bergheim – ein Klimakiller, der sich nicht schönreden lässt.

Industrie-Sicht

Laut Zurstrassen vertritt die Broschüre bei strittigen Fragen vor allem die Sicht der Braunkohle-Industrie. So heißt es auf Seite 20: „Braunkohle benötigt keine Subventionen.“ Das sagt auch die Bundesregierung, nachzulesen in ihren jährlichen Subventionsberichten. „Diese Behauptung ist höchst fraglich“, betont die Bielefelder Hochschullehrerin. Laut einer Greenpeace-Studie genoss die Braunkohle in Deutschland von 1950 bis 2008 „finanzielle Vorteile in Höhe von etwa 101 Milliarden Euro“. Im Gegensatz zur Bundesregierung fassen die Greenpeace-Forscher den Begriff Subventionen nicht eng. Sie berücksichtigen auch staatliche Forschungsförderung zugunsten von Braunkohle, Steuervergünstigungen oder die Befreiung der Braunkohleförderung von Wasserentnahme-Entgelten. Eine Studie von 2004, im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) erstellt, kommt ebenfalls zu dem Schluss, dass Braunkohle kein subventionsfreier Energieträger sei. Warum die Schülerinnen und Schüler davon in der Broschüre nichts erfahren? Uwe Maaßen von DEBRIV erklärt: Die UBA-Studie sei „in vielen Aussagen fehlerhaft“. Auch beruhe sie auf einer „unüblich weiten Abgrenzung des Subventionsbegriffs“. Maaßen räumt ein, dass der Braunkohle-Industrie-Verein die Broschüre finanziert hat.

Gleich auf zwei Seiten präsentiert das Lehrmaterial das neue Braunkohlekraftwerk „BoA 2&3“ in Neurath bei Köln. „Das modernste Braunkohlekraftwerk der Welt“, „mit optimierter Anlagentechnik“, „besonders flexibel“ ist hier zu lesen. „Herben Rückschlag für den Klimaschutz“ nennt hingegen der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) die Inbetriebnahme der 2,6 Milliarden Euro teuren Anlage. Das Kraftwerk werde jährlich 16 Millionen Tonnen CO_2 in die Atmosphäre blasen, kritisiert der BUND. Auch dazu kein Wort in der Broschüre. „Alle Meinungsäußerungen zum Kraftwerk zu dokumentieren, hätte den Rahmen der Veröffentlichung gesprengt“, so DEBRIV-Mann Uwe Maaßen. Er betont, dass die Broschüre auch kritische Positionen zur Braunkohle aufliste, „in der Linkliste Seite 36“. Gemeint ist: Auf der letzten Seite nennt das Heft die Internetadressen von Greenpeace und BUND.

Laut DEBRIV beträgt die Startauflage der Broschüre 29 000 Exemplare. Weitere 20 000 Exemplare seien im Druck, so Uwe Maaßen. Rund 500 Lehrerinnen und Lehrer hätten sich an der Evaluation des Materials beteiligt. „Nahezu 90 Prozent der Nutzer“, erklärt Maaßen, „beurteilen die Eignung für den Unterricht als gut bis sehr gut.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

„Braunkohle im Energiemix“ erscheint im Verlag der Berliner Zeitbild GmbH. „Full-Service-Dienstleister im Bildungsbereich“ nennt sich das Unternehmen, das auch eine PR-Agentur betreibt. Zeitbild hat weitere kostenlose Unterrichtsmaterialien im Angebot. Darunter „Personalisierte Medizin“ (in Zusammenarbeit mit dem Verband forschender Arzneimittelhersteller), „Güterverkehr“ (zusammen mit der Initiative „Unsere Autos“) oder „Kernenergie“ (mit dem Deutschen Atomforum). Dass das Unternehmen vor allem wirtschaftsnahe Positionen vermittelt, bestreitet Frank J. Richter vom Zeitbild-Verlag. „Alle Ausgaben werden durch unsere unabhängige Redaktion erstellt“, betont Richter. Zudem arbeite der Verlag bei Unterrichtsmaterialien auch mit wirtschaftsfernen Einrichtungen zusammen. Frank J. Richter nennt als Beispiele die Welthungerhilfe, die BUND-Jugend und den DGB.

Lärm – Licht – Luft im Klassenzimmer

// Neuartige Lärmampeln und Schallabsorber sollen für ein besseres Arbeitsklima an Schulen sorgen. Aber auch sonst lässt sich manches tun, um die Gesundheitsbelastungen der Lehrkräfte und Schüler zu reduzieren. Arbeitswissenschaftler achten vor allem auf die drei „L“: Lärm – Licht – Luft. //

Als Bernd Richter noch Schulpsychologe im niedersächsischen Landkreis Diepholz war, saß er oft genug in viel zu lauten und stickigen Klassenräumen. „Ich habe da ähnlich gelitten wie die Lehrkräfte und die Schüler“, erzählt er. Inzwischen ist Richter pensioniert und hat eine neue Mission gefunden: Schullärm und schlechter Luft den Kampf anzusagen. Seine Empfehlung: Lärmampeln mit „pädagogischen Zusatzfunktionen“. Sie zeigen nicht nur mit den üblichen Ampelfarben an, wie hoch der Lärmpegel gerade in der Klasse ist, sondern registrieren auch die Häufigkeit von Rotlichtverstößen. Bei einem Modell können die Kinder an einem Digitalzähler ablesen, wie oft sie innerhalb einer Unterrichtsstunde zu laut waren. Es soll sie anspornen, die Zahl in der nächsten Stunde zu unterbieten. Statt unrealistische Vorgaben zu machen wie den Wert auf Null zu reduzieren, könnte zunächst eine Halbierung das Ziel sein.



Foto: Bernd Richter

Besserer Lärmschutz in Klassenräumen? Neuartige Lärmampeln mit „pädagogischer Zusatzfunktion“ versprechen das. Zum Beispiel eine Ampel mit Digitalzähler. Hier können die Schüler sehen, wie oft sie im Unterricht zu laut waren. Ansporn, demnächst leiser zu sein?

Eine zweite neuartige Lärmampel arbeitet differenzierter: mit einer Protokollfunktion. Grüne und rote Anzeigenleisten neben den drei großen Ampellichtern visualisieren, wie lange die Kinder leise waren oder wie oft sie das Rotlicht anspringen ließen.

Das Modell mit der Protokollfunktion eignet sich nach Richters Einschätzung aber nur für große Klassen mit etwa 30 Kindern: „Es ist nicht sehr empfindlich. Da müssen die Schüler sehr laut schreien, bevor die Ampel rot wird.“ Wesentlich sensibler sei das Modell mit dem Digitalzähler.

Raumakustik sanieren

Aber nicht nur Verhaltensänderung spielt eine Rolle bei der Lärmminderung, sondern auch die Raumakustik. Hier gibt es ebenfalls eine Neuentwicklung: die sogenannten Kanten-Absorber. Ähnliche Vorrichtungen sind bisher schon in Tonstudios verwendet worden. Jetzt engagiert sich der Berliner Akustiker und Bauphysikprofessor i. R. Helmut Fuchs dafür, maßgeschneiderte Ausführungen auch in Bildungsstätten einzusetzen. Bei dieser Lösung werden statt ganzer Zimmerdecken nur waage- und senkrechte Kanten der Räume verkleidet. Das sieht ähnlich aus wie eine Verschalung für Lüftungsschächte, mit einem Querschnitt von 40 mal 50 Zentimetern, aus Rigips oder Holz, gefüllt mit Mineralwolle und ganz normal angestrichen.

„Diese Anwendung ist revolutionär“, findet Fuchs. Denn jetzt müssten nicht mehr aufwändig ganze Decken verkleidet und Leuchten neu installiert werden. Trotzdem lasse sich die Nachhallzeit halbieren. Sogar schwierig zu bearbeitende Räume wie Kellergewölbe ließen sich auf diese Weise akustisch sanieren, freut sich der Professor im Unruhestand.



Die Lärmampel mit Protokollfunktion arbeitet differenzierter: Grüne und rote Anzeigenleisten visualisieren, wie oft Schüler durch ihre Lautstärke das Rotlicht anspringen ließen. Hilft das, die Lautstärke zu dämpfen?

Der ebenfalls pensionierte Bremer Arbeitswissenschaftler Gerhart Tiesler ist da etwas skeptischer. Er führt gemeinsam mit dem Pädagogikprofessor i. R. Hans-Georg Schönwälder das renommierte, einst zur Universität Bremen gehörende „Institut für interdisziplinäre Schulforschung“ (ISF) (s. E&W 12/2011). Tiesler bezweifelt, dass Kanten-Absorber allein immer ausreichen, um die Anforderungen der einschlägigen DIN 18041 zu erfüllen.



Foto: Fa. Betzold

Fuchs wiederum verweist auf eigene gute Messergebnisse – und Dankschreiben Berliner Behördenvertreter –, nachdem er einen Grundschulhort mit den neuen Absorbern ausgestattet hatte. „Das Ergebnis ist tatsächlich phänomenal“, heißt es da. Oder: „Der schönste Dank waren die entspannteren Gesichter der Erzieherinnen.“

Belastungsfaktor Luft

Lärm ist der eine Belastungsfaktor – schlechte Luft ein weiterer. Hier sollen Luftgüteampeln Abhilfe schaffen. Sie messen den Kohlendioxid-Gehalt in der Raumluft und übersetzen das Ergebnis meist in Ampelfarben. Wenn die Konzentration bedenkliche Werte erreicht, kann ein Piepton Alarm geben. Spätestens dann ist es Zeit für fünf Minuten Stoßlüftung.

Aber ab wann sind die Werte bedenklich? In einer Broschüre des Umweltbundesamts* heißt es, ab 1000 ppm (parts per million) „soll“, ab 2000 ppm „muss“ gelüftet werden. Laut Bernd Richter geben die meisten Geräte bei 1500 ppm Alarm – bei niedrigeren Werten würde der Unterricht zu oft gestört. Arbeitswissenschaftler Tiesler empfiehlt zumindest eine Vorwarnung bei 1000 ppm. Denn bereits ab diesem Wert könnten sich erste Konzentrationsschwächen zeigen.

Merken die Lehrkräfte und Schüler nicht selber, wann es Zeit zum Lüften ist? „Nein“, sagt Tiesler, „denn für CO_2 haben wir kein Sinnesorgan.“

Trotzdem ist es nach Richters Erfahrungen nicht ganz einfach, Schulen von dieser Technik zu überzeugen – nicht nur wegen der Kosten, sondern auch wegen der nötigen Umstellung des Unterrichts. Denn wenn es piept, ist erst mal Pause.

Wichtige Rolle: das Licht

Neben Lärm und Luftqualität spielt auch das Licht eine wichtige Rolle. „Das sind die drei ‚L‘“, sagt Tiesler. Übertrieben findet er die Idee, Leuchten mit wechselnden Farbtemperaturen zu verwenden, je nach Fach und Tageszeit. „Eine gute warmweiße Beleuchtung, dem Sonnenlicht entsprechend, ist völlig ausreichend.“ Und natürlich sollten die Lampen beim Arbeiten keine Schatten werfen. „Von entscheidender Bedeutung für das Arbeitsklima“, so Tiesler, sei aber etwas anderes: genügend Pausen zu machen. Bei Sechsjährigen erlahme die Konzentrationsfähigkeit schon nach 15 bis 20 Minuten. „Ein Erwachsener, also auch eine Lehrkraft, macht nach 45 Minuten dicht.“ Deshalb hält der Arbeitswissenschaftler gar nichts von Doppelstunden ohne Pausen. „Die sind völlig daneben.“

Eckhard Stengel,
freier Journalist

Weitere Informationen:
www.sichere-schule.de, ein neues Internetportal der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen mit Empfehlungen zu Beleuchtung, Akustik, Belüftung und Möblierung. Gezeigt wird eine virtuelle Schule; beim Anklicken einzelner Bauteile oder Gegenstände erscheinen detaillierte Tipps.
***Umweltbundesamt (Hrsg.): Leitfaden für die Innenraumhygiene in Schulgebäuden, Berlin 2008, S. 38 (als pdf-Datei auf www.umweltbundesamt.de)**

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

Darlehen für: Beamte auf Lebenszeit/Probe • Angestellte • Pensionäre bis 58 Jahre • alle Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst
TOP-KONDITIONEN www.beamtendarlehen-center.de
Persönliche Sofortberatung: 0800-77 88 000
Vermittelt: Jürgen Jaeckel · Am Husalsberg 3 · 30900 Wedemark · Tel. 05130 - 97572-30 · Fax 05130 - 97572-59 · E-Mail jaeckel@beamtendarlehen-center.de

Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung Andreas Wendholt Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.
0800 - 1000 500
Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
seit über 35 Jahren.
Beamtendarlehen supergünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre
- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ
Kapitalverm... E3, 11 68159 ...
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de
www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

ULRICH THÖNE



Foto: Kay Herschelmann

Appell für Politikwechsel!

// **GEW-Kommentar zum 1. Mai** //

Griechenland, Spanien und Portugal in die Rezession getrieben, Europa einen knüppelharten Kurs des Sozialabbaus aufgezwungen, national die Energiewende verpfuscht, den Mindestlohn verhindert, prekäre Beschäftigung befördert und die Bildungsrepublik vor die Wand gefahren – die Bilanz aus vier Jahren schwarz-gelber Politik.

Das führt zu wachsendem Unmut über die soziale Spaltung in unserer Gesellschaft. Die Bundesregierung stellt sich taub und streicht die Fakten mit dem Rotstift aus ihren eigenen Papieren – wie im Fall des jüngsten Armuts- und Reichtumsberichts. „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt", hieß es im Entwurf noch unmissverständlich. Angesichts des Wellness-Kurses, den sich CDU/CSU und FDP verordnet haben, hat man die Passage flugs gestrichen. „Uns geht es gut", lautet die Devise, mit der Schwarz-Gelb im September die Wahl gewinnen will. Denn: Die Arbeitslosenquote sei niedrig, die Steuereinnahmen „sprudelten" und die Neuverschuldung sinke.

Am 1. Mai war die Botschaft der Gewerkschaften eine andere: Die größten Probleme in unserem Land sind ungelöst oder werden verdrängt. Ankündigungen, Versprechungen und Beteuerungen gab es unzählige – bisher umgesetzt hat Politik hierzulande nichts. Das „Jobwunder" entpuppt sich als Mogelpackung, weil normale Arbeitsverhältnisse durch prekäre ersetzt und Menschen in Minijobs abgedrängt werden. Die sogenannte atypische Beschäftigung nimmt zu – Werkverträge lösen jetzt Leiharbeit ab. Und auf den Mindestlohn warten wir vergebens. Statt Steuereinnahmen für Zukunftsinvestitionen in Bildung, soziale Infrastruktur oder die Energiewende zu nutzen, kennt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nur ein Ziel: die Neuverschuldung möglichst auf Null zu reduzieren. Hatte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) angesichts der Krise noch 2009 erklärt, wir lebten über unsere Verhältnisse, bleiben wir in Wirklichkeit weit hinter unseren Möglichkeiten zurück.

Nutznießer der Rosskur, die diese Bundesregierung Europa verordnet hat, ist unsere auf Export hin orientierte Industrie. Ein riskantes Spiel. Denn wenn die Krise Italien und Frankreich erfasst, steht der nächste Einbruch vor der Tür: Die Exporte in die Eurozone gehen zurück, die Arbeitslosigkeit wird steigen und die Steuereinnahmen werden wieder sinken, während die Schuldenbremse den Haushalten die Luft abdrückt. Dann wird es sehr unangenehm. Politik kann etwas tun. Sie muss wieder Perspektiven aufzeigen und vor allem handeln. Das geht nicht mit einer Regierung, die allein darauf hofft, dass die Konjunktur bis zur Wahl stabil bleibt und der Euro nicht vollends in die Brüche geht. Diesen Defätismus machen wir nicht mit. Am 1. Mai haben die Gewerkschaften Alternativen aufgezeigt. Wir brauchen

- eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, die die Tarifautonomie stärkt und reguläre Beschäftigung fördert, sowie einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro,
- eine Energiewende, die dafür sorgt, dass die Menschen ihren Energieverbrauch auch bezahlen können,
- eine Bildungsoffensive, in der Bund, Länder und Kommunen gemeinsam Bildungsarmut bekämpfen und sich für das Ziel bestmöglicher Bildung für alle engagieren.

Keine leichten Aufgaben. Einfache Lösungen gibt es dafür nicht und sie kosten Geld. Wir brauchen daher am 22. September eine klare Entscheidung für einen Politikwechsel, der sicherstellt, dass

- die Besteuerung von Vermögen der öffentlichen Hand substanziell zusätzliche Finanzmittel erschließt,
- große Vermögen europaweit zur Finanzierung der Lasten der Finanzkrise durch eine Abgabe herangezogen werden,
- die Besteuerung von Vermögen nicht durch „Schlupflöcher" umgangen werden kann,
- Steuerbetrug resolut bekämpft wird.

Ulrich Thöne,
GEW-Vorsitzender

„Ich werde Mechatronikerin“

// Jedes Jahr findet Ende April der Girls‘ Day statt. Er soll mit Blick auf die Berufswahl der Mädchen Geschlechterstereotype aufbrechen und junge Frauen für technisch-naturwissenschaftliche Tätigkeiten interessieren. Gelingt das in der Praxis? //

Eileen hat einen Fernsehturm aus Stahl gefertigt. Die gewaltigen Bohr- und Drehmaschinen bei Mercedes-Benz „waren einfach toll“, sagt die Achtklässlerin der Berliner Hermann-von-Helmholtz-Schule. Auch zu Hause werkelt Eileen gern. Und beobachtet neugierig ihre drei Brüder, die schon beim Automobilgiganten arbeiten. Seit sie sich auf dem Zukunftstag den Alltag der Autotechniker selbst angeschaut hat, ist sie entschlossen: „Ich werde Mechatronikerin.“

Anastasia war fasziniert von der Präsentation der Schering-Managerin. So wenige Frauen gibt es in den Führungsetagen? So schwierig ist es immer noch für sie, an die Macht zu kommen? „Das war mir nicht klar“, sagt die Schülerin des John-Lennon-Gymnasiums in Berlin. Um so mehr beeindruckten sie die Tipps der Schering-Dame, die erläuterte, wie man den Herren Paroli bieten könne. Danach hat sich Anastasia vorgenommen: „Ich möchte mal Chefin werden.“

Seit 13 Jahren gibt es den Girls‘ Day, der sich heute Mädchen-Zukunftstag nennt und vom Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit in Bielefeld koordiniert wird. Für einen Tag laden bundesweit Unternehmen und wissenschaftliche Institutionen Mädchen ein, um sie für technische, naturwissenschaftliche, mathematische Berufe oder Studiengänge zu begeistern und den Weg in traditionell männlich besetzte Arbeits- und Forschungsfelder zu ebnen. Bislang nahmen gut 1,3 Millionen Mädchen ab der 5. Klasse teil. „Unsere jährliche Evaluation zeigt: Der Schnuppertag kommt sehr gut an“, sagt Wenka Wentzel vom Kompetenzzentrum. 10 000 Schülerinnen werden nach jedem Girls‘ Day online befragt. 60 Prozent haben neue Berufe kennengelernt, zirka ein Drittel kann sich vorstellen, in diesen Männerdomänen zu arbeiten, fünf Prozent haben ein konkretes Berufsziel vor Augen.

Wie viele davon später tatsächlich in diese Richtung gehen, lässt sich nicht genau sagen. Nur soviel: Fast 30 Prozent der beteiligten Unternehmen und Organisationen gaben an, dass sich nach dem Aktionstag ehemalige Girls‘-Day-Besucherinnen um eine Ausbildung oder ein Praktikum beworben haben. Immerhin – die Zahl weiblicher Fachkräfte in technischen Berufen, Ausbildungs- und Studiengängen steigt. So studierten 2010 37 Prozent mehr Frauen Ingenieurswissenschaften als 2007. Trotzdem steht weiterhin kein technisch-naturwissenschaftlicher Beruf auf der Top-Ten-Liste der Wunschberufe der Mädchen. Fakt ist: Die Geschlechterstereotype wirken nach wie vor.

Markus Stark erstaunt das nicht. Er ist Lehrer an der Gottfried-Linke-Realschule in Salzgitter, die zum Netzwerk der MINT-Schulen Niedersachsens gehört (Mathe, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). „Bei uns sind zehn bis 20 Prozent Mädchen in den MINT-Kursen“, so Stark. Diese Quote sei seit Jahren stabil. „Spätestens mit der Pubertät werden Fingernägel wichtiger als Feilen.“ Musik, Freunde, Serien, Geschlechtsidentität und -habitus überlagern alles, die Schule könne daran wenig ändern. Stark: „Wir müssen Schülerinnen vermitteln, dass auch Mädchen, die in einer Automatisierungsstraße Leitungen verlegen, weiblich sind.“ Kann der Girls‘ Day dazu einen Beitrag leisten? „Nur wenn er entstaubt und endlich didaktisch mehr integriert wird in die Curricula.“

Mädchen ermutigen

Für noch wichtiger hält es Uwe Schramm, Schulleiter des Berliner Primo-Levi-Gymnasiums, Mädchen „im Unterricht Mut zu machen“. Nicht etwa durch Geschlechtertrennung, sondern gerade in der Zusammenarbeit mit den Knaben. „Jungen und Mädchen profitieren besonders in den Naturwissenschaften voneinander, weil sich hier die eher spontane, experimentelle Arbeitsweise der Jungen und das strukturierte, genaue Vorgehen der Mädchen sehr gut ergänzen“, so Schramm. „Daher müssen wir den Schülerinnen signalisieren, ihr seid mindestens genauso gut wie die Schüler.“ Der Schulleiter hat sein MINT-Profil in diesem Schuljahr durch ein bilinguales Angebot ergänzt. Biologie und Geschichte auf Englisch – das lockt wiederum stärker die Mädchen.

Petra Hesse, pädagogische Koordinatorin an der Hermann-von-Helmholtz-Schule, ficht die Skepsis vieler Kolleginnen und Kollegen gegenüber dem Girls‘ Day nicht an. „Bei uns ist das Interesse riesig und es gab noch nie negative Rückmeldungen“, sagt Hesse. Und wenn sie im Anschluss die Erfahrungen der Mädchen in der Klassenrunde diskutiert, sind die Jungen oft erstaunt und weitere Schülerinnen werden neugierig. „Der Schnuppertag ist eine schöne runde Sache.“ Oder, wie es Wenzel vom Kompetenzteam nennt, „ein kleiner Schritt auf einer langen Entwicklungsgeraden“.

Anja Dilk,
freie Journalistin



Foto: imago

Mechatronikerin wollen immer noch viel zu wenige junge Frauen werden. Warum?



Zehntausende haben an der großen Auftaktkundgebung des Weltsozialforums in Tunis teilgenommen – ein Schulterschluss mit der Demokratiebewegung in allen Ländern der „Arabellion".

Foto: Manfred Brinkmann

Zeichen für Demokratie

// Bunte Fahnen vor blauem Himmel, immer wieder Sprechchöre, Zehntausende sind gekommen. Mitten in Tunis haben sich am 26. März Gewerkschafter, Globalisierungsgegner und andere Aktivisten aus aller Welt versammelt und mit einer großen Demonstration das Weltsozialforum eröffnet. Die GEW hat als einzige deutsche Gewerkschaft teilgenommen. //

Es ist kein Zufall, dass die große Auftaktkundgebung des Weltsozialforums ausgerechnet am Platz des 14. Januar beginnt. Er erinnert an den Tag, an dem die Regierung des Diktators Ben Ali vor zwei Jahren aufgrund massiver Proteste gestürzt wurde. Zum ersten Mal ist der Gastgeber ein nordafrikanisches Land. Damit wird ein klares Zeichen gesetzt: der Schulterschluss mit der Demokratiebewegung in Tunesien und allen anderen Ländern der „Arabellion".

Auf welch großes Interesse das Weltsozialforum in Tunesien stieß, zeigen die Zahlen: Die Veranstalter zählten rund 50 000 Teilnehmende, 80 Prozent davon aus dem Gastgeberland. Über 4000 Organisationen aus 127 Ländern beteiligten sich, darunter nicht nur internationale Großorganisationen wie attac oder amnesty international. Auch Vertreter kleiner Graswurzel-Initiativen berichteten von ihrer Arbeit – so wie Bilel von der Tunisian Association of Family Promotion. Der Student unterstützt zusammen mit anderen jungen Tunesiern arme Familien mit Geld- und Sachspenden und kümmert sich um Waisenkinder. Sein soziales Engagement sieht er in einem größeren Zusammenhang: „Die Revolution hat uns mehr Freiheiten gebracht. Wir können nun offener sagen und schreiben, was wir denken", erklärte er. „Aber die soziale und wirtschaftliche Lage hat sich nicht verbessert. Vielen Familien geht es schlecht." Dass das Weltsozialforum in seinem Land stattfindet, in dem der arabische Frühling seinen Ursprung hat, ist für Bilel wichtig. Sein Land brauche Austausch und internationale Solidarität: „Die Revolution ist noch nicht vorbei. Wir haben viel Arbeit vor uns."

Bilel gehört zu einer Generation, die gesellschaftliche Veränderung selbst in die Hand nimmt und die Zukunft des Landes mitgestalten will. Seit Beginn der Revolution nimmt das zivilgesellschaftliche Engagement in Tunesien kontinuierlich zu, immer mehr Menschen engagieren sich für eine bessere Welt. Doch in die politische Aufbruchstimmung mischt sich ein unangenehmer Beigeschmack. Der Nahostkonflikt – das offizielle Schwerpunktthema des Forums – rief auch radikale Gruppierungen auf den Plan, deren Positionen weit über die Solidarität mit Palästina hinausgehen. Manche Diskussionen entpuppten sich als Plattformen für anti-israelische Einstellungen. Auf dem Campus tauchten vereinzelt brennende Israel-Flaggen auf. „Nicht alle, die hier sind, verfolgen gute Ziele", sagte ein junger Tunesier während der Auftaktdemonstration. Er ist auf dem Heimweg von der Arbeit zufällig in den Menschenstrom geraten und betrachtet die Banner mit den arabischen Schriftzeichen skeptisch. Hier zeigen sich die Schattenseiten auf dem Weg zu einer neuen gesellschaftlichen Ordnung in Tunesien. Seit dem Sturz des Diktators zerren säkuläre und islamistische Strömungen an dem nordafrikanischen Land, das sich nur langsam stabilisiert. Die politische Gewalt wächst.

Gewerkschaften in der Pflicht

„Eine andere Welt ist möglich", lautete das Motto des Weltsozialforums. Wenn es darum geht, soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit einzufordern und für Demokratie und Menschenrechte einzustehen, sind Gewerkschaften nicht wegzudenken. Auch in Tunis waren sie gut vertreten – von Entwicklungsländern bis zu Industrienationen, vom Bildungsbereich bis zum Mineralöl-Sektor.

Als einzige deutsche Gewerkschaft war die GEW mit 26 Delegierten vor Ort und lud zum intensiven Austausch über Kinderarbeit sowie Bildung in Zeiten drastischer Sparpolitik ein.

„Für die GEW war das ein echter Erfolg", freute sich Manfred Brinkmann, Referent für Internationales beim GEW-Hauptvorstand. Doch um die Sozialforumsbewegung dauerhaft in Deutschland zu verankern, braucht es mehr. „Der DGB ist gefragt", meinte Günther Fuchs, GEW-Landesvorsitzender in Brandenburg. „Er muss wieder eine koordinierende Funktion übernehmen, um deutsche Gewerkschaften international zu einer festen Größe zu machen."

Anja Heifel,
Redakteurin der nds, Landeszeitung der GEW NRW

FERNE WELTEN entdecken!

ikarus tours

Studien- und Erlebnisreisen im Sommer und Herbst 2013



Große Irland-Rundreise

Umfassende 10-Tage-Busrundreise mit Mythen, Legenden, landschaftlichen Höhepunkten und herzlicher Gastfreundschaft

Dublin – Belfast – Donegal – Galway – Cliffs of Moher – Ring of Kerry – Dingle

Leistungen:
- Linienflüge mit AER LINGUS ab/bis Frankfurt inkl. aller Steuern und Gebühren
- Übernachtungen in guten ***-**** Hotels mit Frühstück und Abendessen
- Besichtigungs- und Erlebnisreisen-programm inkl. Eintrittsgelder
- Flughafentransfer bei Ankunft
- ein Reisehandbuch nach Wahl
- Reiseleitung örtl., deutschspr.

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

303332-03	05.07.13-14.07.13	€ 1.495,–
303332-04	16.08.13-25.08.13	€ 1.495,–
303332-05	13.09.13-22.09.13	€ 1.495,–

Einzelzimmer-Zuschlag:	€ 295,–
Flüge:	
ab/bis Düsseldorf	+ € 20,–
ab/bis Berlin, Hamburg, München, Stuttgart	+ € 50,–
Innerdeutsche Bahnanreise (Rail & Fly):	+ € 78,–
Mindestteilnehmerzahl:	15 Pers.



Polen – Heimat von Marion Gräfin Dönhoff

9-Tage-Studienreise mit Janusz Tycner durch das ehemalige West- und Ostpreußen: Danzig, Masurische Seen und Kaliningrad

Danzig – Marienburg – Elbing – Quittainen – Masurische Seen – Nikolaiken – Kaliningrad/Königsberg – Kurische Nehrung – Friedrichstein – Frauenburg

Leistungen:
- Linienflug mit LOT POLISH AIRLINES ab/bis Frankfurt nach/von Danzig
- Übernachtungen in ***Hotels mit Frühstück und teilw. Abendessen
- Erlebnis- und Rundreisenprogramm inkl. Eintrittsgelder
- DuMont-Reisehandbuch
- Reiseleitung deutschspr.

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

308622-02	07.07.13-15.07.13	€ 1.750,–
308622-03	18.08.13-26.08.13	€ 1.750,–
308622-04	15.09.13-23.09.13	€ 1.750,–

Einzelzimmer-Zuschlag:	€ 180,–
Visum Russland:	€ 65,–
Innerdeutsche Anschlussflüge:	€ 260,–
Innerdeutsche Bahnanreise (Rail & Fly):	+ € 78,–
Mindestteilnehmerzahl:	15 Pers.



Yunnan – Provinz des ewigen Frühlings

15-Tage-Erlebnisreise unterwegs in der wohl schönsten Provinz Chinas mit atemberaubenden Landschaftsszenerien

Chengdu – Jinghong – Yuanyang – Jianshui – Kunming – Dali – Lijiang

Leistungen:
- Linienflüge mit AIR CHINA ab/bis Frankfurt inkl. aller Steuern und Gebühren
- zwei innerchin. Flüge inkl. Flughafensteuern
- Übernachtungen in guten ***-***** Hotels mit Frühstück, Mittag- und Abendessen
- Besichtigungs- und Erlebnisreisen-programm inkl. Eintrittsgelder und Transfers
- ein China-Reisehandbuch
- Reiseleitung örtl., deutschspr.

Reisetermine und Preise je Pers. im DZ

338304-02	04.08.13-18.08.13	€ 2.250,–
338304-03	08.09.13-22.09.13	€ 2.390,–
338304-04	13.10.13-27.10.13	€ 2.390,–
338304-05	03.11.13-17.11.13	€ 2.190,–

Einzelzimmer-Zuschlag:	€ 360,–
Visum China:	€ 90,–
Innerdeutsche Bahnanreise (Rail & Fly):	+ € 45,–
Mindestteilnehmerzahl:	12 Pers.

Weitere spannende Reisen im Sommer und Herbst 2013:

(Preise je Person im Doppelzimmer)

Pilgern auf dem Olavsweg in Norwegen

340023-01	06.07.13-20.07.13	€ 1.950,–
340023-02	03.08.13-17.08.13	€ 1.950,–

Naturwunder Islands

303208-03	11.07.13-23.07.13	€ 2.770,–
303208-04	18.07.13-30.07.13	€ 2.770,–
303208-05	25.07.13-06.08.13	€ 2.770,–
303208-06	08.08.13-20.08.13	€ 2.770,–

Java überland

323322-03	07.07.13-20.07.13	€ 2.950,–
323322-04	18.08.13-31.08.13	€ 2.890,–

Kolumbien-Rundreise

343507-04	06.07.13-24.07.13	€ 3.890,–
343507-05	03.08.13-21.08.13	€ 3.890,–
343507-06	16.11.13-04.12.13	€ 3.790,–

Nationalparks in Kenia und Tanzania

313303-05	20.07.13-01.08.13	€ 3.890,–
313303-08	12.10.13-24.10.13	€ 3.790,–

Südafrika – Swaziland – Lesotho

315521-05	27.07.13-16.08.13	€ 2.790,–
315521-07	19.10.13-08.11.13	€ 2.850,–
315521-08	30.11.13-20.12.13	€ 2.850,–

Durchführung der Touren weitestgehend gesichert

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Veranstalters. Katalogbestellung sowie Beratung und Buchung zu diesen Reisen in Ihrem Reisebüro oder beim Veranstalter:

IKARUS TOURS GmbH · Tel. 0800 - 46 36 452 (kostenfrei) · Fax: 06174 - 2 29 52 · E-Mail: gew@ikarus.com · www.ikarus.com

„Forschungsklau“

// **Forschungsleistungen des akademischen Nachwuchses werden mitunter regelrecht „geklaut“ – und die Wissenschaftler in spe nehmen dies aus Angst vor Nachteilen für die Karriere hin. „Forschungsklau“ hat viele Formen und Facetten.** //

Machtverhältnisse in der Wissenschaft nehmen manchmal bizarre Formen an: eine promovierende Meereskundlerin, die täglich die Forschungsrobben versorgt, weil sie noch immer auf das Gutachten ihres Doktorvaters wartet. Ein Kulturwissenschaftler, der jahrelang Lexikonartikel verfasst – die jedoch unter dem Namen des Institutsleiters erscheinen. Fast schon sprichwörtlich ist die jahrzehntealte Geschichte des Doktoranden, der jeden Morgen den Hund seines Professors Gassi führt. Fakt ist: Das 40 Jahre alte „Ihr da oben – wir da unten“ funktioniert im akademischen Alltag bis heute.

Besonders heikel wird es, wenn Professoren Abhängigkeitsverhältnisse ausnutzen und sich weit über Gebühr der Forschungsergebnisse von Promovenden bemächtigen. Etwa wenn Leitungspersonen für sich einen Vorteil aus der Arbeit junger Nachwuchswissenschaftler ziehen – und deren Mitarbeit verschweigen. „Professoren bei der Recherche zu unterstützen und ihnen für eine Publikation zuzuarbeiten ist noch normal“, sagt Johannes Moes, Sprecher der GEW-Projektgruppe Doktorandinnen und Doktoranden. „Doch die Frage ist: Wo hört die bloße Zuarbeit auf? Wo ist die Grenze? Es darf auf jeden Fall nicht so weit gehen, dass Nachwuchsforscher ihrer Ideen beraubt und um die Früchte ihrer eigenen Arbeit gebracht werden.“

Mehr noch. „Ehrenautorschaften“ ohne wesentlichen Beitrag des angeblichen Verfassers sind ein klarer Verstoß gegen die Regeln zur „Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis“, wie sie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)* vor Jahren in einer Denkschrift aufgestellt hat. Kriterien, die die Universitäten für die Förderung durch die DFG auch anerkannt haben. Dennoch kommt solches Fehlverhalten im Verborgenen immer wieder vor. Es ist die oft nicht bekannte Kehrseite der Medaille in der Plagiatsdebatte um Ex-Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) und andere. Es sind Geschichten derjenigen, deren Forschungsarbeiten andere schamlos ausgebeutet haben – wie im Fall einer Wissenschaftlerin aus den östlichen Bundesländern.**

Kein Einzelfall

Vor rund einem Jahr beginnt die Leidensgeschichte der heute 31-jährigen Arbeitslosen. 2006 macht sie ihr Diplom in Systems Engineering. Nach einem Ausflug in eine Softwarefirma kehrt sie an ihre Hochschule zurück, wird 2010 gemeinsam mit einer Psychologin beauftragt, über Kompetenzen von Fabrikplanern zu forschen. Sie entwickelt Fragebögen, hält erste Testworkshops ab, lässt die Teilnehmenden Lego-Modelle bauen, schreibt Beobachtungsbögen und Beurteilungen. Dann geht sie in Mutterschutz, schwanger mit dem ersten Kind. In ihrer Abwesenheit veröffentlicht der Moderator der Workshops zusammen mit dem Lehrstuhlinhaber Ergebnisse ihrer Fragebögen in einem Tagungsband. „Man hat einfach einen Teil meiner Forschungsergebnisse genommen und daraus hinter meinem Rücken eine merkwürdige Veröffentlichung gestrickt“, beklagt sie. „Sie ist in Bezug auf die Daten sogar nachweislich grob fehlerhaft.“

Die Publikation entdeckt die Ingenieurin eher zufällig nach ihrer Rückkehr aus der Elternzeit. Doch alle Versuche, nachträglich Gerechtigkeit zu erlangen, scheitern. Weder zuständige Gremien noch externe Ombudsstellen noch Gespräche mit dem Rektorat führten bis heute zu einer Klärung des Falles. Im Gegenteil. Man habe ihr vorgeworfen, den Professor und den Ruf der Hochschule zu beschädigen. Ihr Vertrag wurde befristet und nicht mehr verlängert. Begründung: Das Vertrauensverhältnis sei gestört, eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr möglich. „Mitten in meinem selbst konzipierten Drittmittelprojekt musste ich sämtliche Materialien übergeben und verlor damit auch noch die Grundlage für meine Doktorarbeit“, sagt sie. Mittlerweile klagt sie vor dem Arbeitsgericht.

Die junge Frau ist kein Einzelfall. „Forschungsklau“ kommt im akademischen Alltag in vielen Formen und Facetten vor. Dies offenbart der Ombudsman für die Wissenschaft***, den die DFG seit 1999 – lange vor den großen Plagiatsdiskussionen – eingerichtet hat. Die unabhängige Beratungs- und Vermittlungseinrichtung ist Ansprechpartner für Fragen guter wissenschaftlicher Praxis sowie Regelverletzungen durch Unredlichkeit. Allein 2011 hat der Ombudsman insgesamt 20 neue Verfahren bearbeitet. „Nicht selten sind diese Konflikte verknüpft mit problematischer oder inadäquater Doktorandenbetreuung und/oder Behinderung des wissenschaftlichen Nachwuchses“, heißt es im jüngsten Jahresbericht.

Die Art der Fälle ist vielfältig. Da werden schon mal Experimente wiederholt, nur um Autoren aus einer Arbeits- und Verfassergruppe auszuschließen. Berichtet wird das Beispiel eines Doktoranden, der befürchten musste, auf diese Weise in einer Publikation nicht mehr als Autor genannt zu werden, obwohl die Veröffentlichung für seine Karriere von Bedeutung war. Oder eine junge Kollegin aus Heidelberg. Sie entdeckte zufällig die Ergebnisse ihrer Doktorarbeit in einer wissenschaftlichen Zeitschrift – doch der Methodenteil war verändert worden und eine Zustimmung zu ihrer Zweitautorschaft offenbar gefälscht, wie die Wissenschaftlerin versicherte. Ein Fall, den der damalige Prorektor der Uni Heidelberg, Jochen Träger, vor ein paar Jahren ausführlich darstellte.

Fragliche Autorenschaft

Rund 350 Anfragen gingen in den ersten zehn Jahren an den „Ombudsman für



Cartoon: Freimut Wössner

die Wissenschaft“, Autorenschaftsfragen waren dabei am häufigsten. Dabei handelte es sich vor allem um Probleme von Diplomanden, Doktoranden oder Postdoktoranden. Bemerkenswert sei, dass sich nur in wenigen Fällen jüngere Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftler gegen Ehrenautorschaften unbeteiligter „Senior Scientists“ wehrten, stellte der Zehn-Jahres-Bericht fest: „Zum einen wird dabei diese ungerechtfertigte Beteiligung von Leitungspersönlichkeiten noch immer als normal angesehen und zum anderen spielt die Angst vor Benachteiligungen in der Karriere eine nicht unwesentliche Rolle.“

Die Doktorandinnen und Doktoranden in der GEW haben sich des Themas längst angenommen. „Promotion im Brennpunkt“**** lautet der Titel ihrer Broschüre mit Reformvorschlägen zu den oft prekären Arbeitsverhältnissen und Abhängigkeiten des wissenschaftlichen Nachwuchses. Die Nachwuchsakademiker fordern, wissenschaftliches Fehlverhalten bei allen Akteuren zu bekämpfen. Einziger Hoffnungsschimmer: Darauf zu bestehen, die DFG-Regeln einzuhalten, werde im Idealfall helfen, mehr Aufmerksamkeit auf die Opfer von Regelverstößen zu lenken. „Oft genug sind sie diejenigen“, heißt es in der Materialie, „die man um die Anerkennung ihrer Arbeiten geprellt hat und die jahrelang Zuarbeiten geleistet haben, ohne dafür entsprechende berufliche und wissenschaftliche Würdigung zu erhalten.“

Sven Heitkamp,
freier Journalist

***Deutsche Forschungsgemeinschaft: Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Denkschrift, 1998 www.dfg.de/foerderung/rechtliche_rahmenbedingungen/gwp/**

****Name der Redaktion bekannt**

*****www.ombudsman-fuer-die-wissenschaft.de**

******www.gew.de/Binaries/Binary92077/Promotion_im_Brennpunkt_web.pdf**

Wahlvorschläge

// **Mitteilung des Wahlausschusses** //

Gemäß den „Richtlinien des Wahlausschusses“ und der Ausschreibung für die durch Wahl zu besetzenden Ämter auf dem bevorstehenden Gewerkschaftstag vom 12. bis 16. Juni 2013 in Düsseldorf in E&W und in den Landeszeitungen der GEW hat der Wahlausschuss die eingegangenen Wahlvorschläge, die sich auf die geltende Satzung, auf den Satzungsänderungsvorschlag des Landesverbandes Sachsen-Anhalt – auch in Verbindung mit dessen Modifizierung durch den Antrag des Landesverbandes Hamburg – und den Satzungsänderungsvorschlag des Bundesfrauenausschusses beziehen, auf ihre Gültigkeit überprüft und gibt diese mit Zustimmung der Kandidatinnen und Kandidaten bekannt.

I. Gemäß geltender Satzung

1. Geschäftsführender Vorstand
Vorsitzende/r: Norbert Hocke (vorgeschlagen durch den Landesverband Rheinland-Pfalz sowie den Bundesausschuss für Seniorinnen und Senioren)
Vorsitzende/r: Marlis Tepe (vorgeschlagen durch die Landesverbände Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen sowie den Bundesfrauenausschuss)
AB Finanzen: Petra Grundmann (vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und den Bundesausschuss Sozialpädagogische Berufe)
AB Frauenpolitik: Frauke Gützkow (vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg, Niedersachsen, Thüringen und die Bundesausschüsse Gymnasien, Hochschule und Forschung sowie den Bundesfrauenausschuss und den Bundesausschuss für Seniorinnen und Senioren)
AB Angestellten- und Beamtenpolitik: Andreas Gehrke (vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz)
Organisationsbereich Jugendhilfe und Sozialarbeit: Norbert Hocke (vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und den Bundesausschuss Sozialpädagogische Berufe)
Organisationsbereich Schule: Susanne Gondermann (vorgeschlagen durch den Landesverband Niedersachsen und den Bundesausschuss Gesamtschulen)
Organisationsbereich Schule: Dr. Ilka Hoffmann (vorgeschlagen durch die Landesverbände Saarland und Thüringen sowie die Bundesausschüsse Grundschulen und Sonderpädagogische Berufe)
Organisationsbereich Hochschule und Forschung: Dr. Andreas Keller (vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Thüringen und die Bundesausschüsse Gymnasien, Hochschule und Forschung sowie den Bundesfrauenausschuss und den Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten)
Organisationsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung: Ansgar Klinger (vorgeschlagen durch die Landesverbände Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und die Bundesausschüsse Erwachsenenbildung, Gewerbliche Schulen und Kaufmännische Schulen)

2. Bundesschiedskommission
Drei ständige und drei stellvertretende Mitglieder:
Erna Benze (vorgeschlagen durch den Landesverband Nordrhein-Westfalen)
Tilman Boehlkau (vorgeschlagen durch den Landesverband Rheinland-Pfalz); Wolfram Bundesmann (vorgeschlagen durch den Landesverband Bayern); Rainer Dahlem (vorgeschlagen durch den Landesverband Baden-Württemberg); Brigitta Göbel (vorgeschlagen durch den Landesverband Schleswig-Holstein); Erhard Laube (vorgeschlagen durch den Landesverband Berlin)



Der 27. Gewerkschaftstag der GEW findet vom 12. bis 16. Juni in Düsseldorf statt. 432 Delegierte wählen den Vorstand der GEW und legen die Leitlinien der Gewerkschaftsarbeit fest.

Foto: dpa

II. Gemäß Satzungsänderungsantrag des Landesverbandes Sachsen-Anhalt

Vorsitzende:
Marlis Tepe (vorgeschlagen durch die Landesverbände Niedersachsen, Schleswig-Holstein sowie den Bundesfrauenausschuss)
Schwerpunkt Organisation, Service, Finanzen: Petra Grundmann (vorgeschlagen durch die Landesverbände Bayern, Sachsen-Anhalt und den Bundesausschuss Sozialpädagogische Berufe)



Schwerpunkt Tarif- und Beamtenpolitik: Andreas Gehrke (vorgeschlagen durch den Landesverband Niedersachsen).
Bildungspolitik im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe: Norbert Hocke (vorgeschlagen durch die Landesverbände Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und den Bundesausschuss Sozialpädagogische Berufe)
Bildungspolitik im Bereich Schule: Susanne Gondermann (vorgeschlagen durch den Landesverband Niedersachsen und den Bundesausschuss Gesamtschulen)
Bildungspolitik im Bereich Schule: Dr. Ilka Hoffmann (vorgeschlagen durch den Bundesausschuss Sonderpädagogische Berufe)

III. Gemäß Satzungsänderungsantrag des Bundesfrauenausschusses

Vorsitzende mit Schwerpunkt Organisationsentwicklung: Marlis Tepe (vorgeschlagen durch den Landesverband Schleswig-Holstein und den Bundesfrauenausschuss)
Schwerpunkt Finanzen: Petra Grundmann (vorgeschlagen durch den Landesverband Bayern und den Bundesausschuss Sozialpädagogische Berufe)
Schwerpunkt Frauen-, Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik: Frauke Gützkow (vorgeschlagen durch den Landesverband Niedersachsen und den Bundesausschuss Gymnasien sowie den Bundesfrauenausschuss)
Schwerpunkt Angestellten- und Beamtenpolitik: Andreas Gehrke (vorgeschlagen durch den Landesverband Niedersachsen)
Schwerpunkt Jugendhilfe und Sozialarbeit: Norbert Hocke (vorgeschlagen durch den Landesverband Niedersachen und den Bundesausschuss Sozialpädagogische Berufe)
Schwerpunkt Schule: Susanne Gondermann (vorgeschlagen durch den Landesverband Niedersachsen und den Bundesausschuss Gesamtschulen)
Schwerpunkt Hochschule und Forschung: Dr. Andreas Keller (vorgeschlagen durch den Landesverband Niedersachsen und den Bundesausschuss Gymnasien)

Matthias Heidn, Vorsitzender des Wahlausschusses; Annett Lindner, stv. Vorsitzende des Wahlausschusses; Bodo Zeymer, Berichterstatter des Wahlausschusses

RECHT UND RECHTSSCHUTZ
05/2013

Informationen der
GEW-Bundesstelle für Rechtsschutz.
Verantwortlich: Katrin Löber,
Volker Busch, Gerhard Jens
65. Jahrgang



Foto: zplusz

Medizinische Gutachten nicht allein entscheidend

// Ein Dienstherr hat eine Lehrerin zu Unrecht für dienstunfähig erklärt. Er muss die Dienstunfähigkeit beweisen, darf sich laut Gericht dabei aber nicht nur auf medizinische Gutachten stützen. //

Ob eine Lehrerin aus Niedersachsen dienstunfähig war, ist nicht bewiesen. Da Ärzte widersprüchliche Diagnosen über den Gesundheitszustand der Beamtin erstellten, könne die Frage der Dienstunfähigkeit nicht mit Sicherheit bejaht werden, befand das Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg. Der Dienstherr müsse beweisen, dass er die Klägerin wegen Dienstunfähigkeit zu Recht in den Ruhestand versetzt habe. Die Dienstbehörde durfte nach Auffassung des Gerichts nicht davon ausgehen, dass die Pädagogin dienstunfähig ist. Daher erklärte das OVG die entsprechende Verfügung für nicht rechtmäßig.

Der Vorgang: Die Bezirksregierung hatte eine Realschullehrerin im März 2007 mit sofortiger Wirkung wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt. Eine psychische Erkrankung konnten Mediziner aus drei Gesundheitsämtern allerdings nicht feststellen. Der Dienstherr erklärte jedoch, das Sozialverhalten der Lehrerin sei „in elementarer Weise“ gestört. Ein Beamter der Behörde hatte ihr schriftlich mitgeteilt, dass sie wegen „einer Schwäche ihrer geistigen Kräfte“ nicht in der Lage sei zu unterrichten. Die Beamtin war mehrmals versetzt worden, weil sich Schüler, Eltern sowie Kollegen über sie beklagt hatten. Die ersten schriftlichen Beschwerden einer Elternsprecherin stammten bereits aus ihrer Zeit als Beamtin auf Probe. Weil Zweifel an ihrer Dienstfähigkeit bestanden, ließ der Dienstherr die Klägerin erstmals 2002 von einer Amtsärztin untersuchen. Mehrere Gutachten weiterer Amtsärzte folgten, da die Beschwerden über die Pädagogin an unterschiedlichen Schulen anhielten. Alle Mediziner erklärten die Betroffene jedoch für dienstfähig. Auch eine Psychiaterin und ein Psychiater bescheinigten ihr, einsatzfähig zu sein. Ein weiterer Gutachter urteilte 2008 schließlich, die Lehrerin leide an einer paranoiden Persönlichkeitsstörung. Der Dienstherr hatte den Psychiater im Auftrag des Verwaltungsgerichts (VG) Hannover eingeschaltet. Die Beamtin hatte dort Klage gegen ihre Versetzung in den Ruhestand erhoben. Die Richter wollten ermitteln lassen, ob ihre Verhaltensweise auf mangelnder Begabung, disziplinarrechtlich relevantem Fehlverhalten oder auf einer Schwäche geistiger Kräfte beruhte. Das Gericht hielt die Dienstunfähigkeit durch das Gutachten des Psychiaters und den schriftlichen Vermerk des Beamten der Bezirksregierung für belegt. Es wies die Klage der Pädagogin ab und erklärte die Entscheidung des Dienstherrn für rechtmäßig. Die Beamtin focht das Urteil vor dem OVG Lüneburg an und brachte ein eigenes Sachverständigengutachten vor, das den Befund des vom Dienstherrn beauftragten Arztes widerlegte. Das OVG hob deshalb das Urteil des VG Hannover auf. Es schickte seiner Entscheidung voraus, dass medizinische Gutachten nicht allein der ausschlaggebende Beweis seien, der die Frage der Dienstunfähigkeit klären könne. Entscheidend bei der Beurteilung sei, wie sich körperliche Gebrechen auf das Ausüben der Dienstpflichten und damit auf den Dienstbetrieb auswirkten. Maßgeblich sei, „ob der Beamte aufgrund seiner gesamten Konstitution und seines Verhaltens, ohne dass eine Erkrankung im engeren Sinne vorliegen muss, zur Erfüllung seiner Dienstpflichten dauernd unfähig ist“.

Barbara Haas,
freie Journalistin

Oberverwaltungsgericht Lüneburg vom 3. August 2012 – 5 LB 234/10

TimeTEX

System-Schulplaner 2013/14
auch Grundschul- und Sek.-Planer
- Formate A4 + A5 + A6
- Flexible Formblätter für Schüler-Notenverwaltung
- bis 13 Klassen à 6 Seiten
- Tagesplan bis 10 Unterrichtsstunden
- Jahrespläne für 13/14 u. 14/15 + Stundenpläne etc.
- Einstecktasche für lose Blätter

ab 5,95 €

HERMEDIA Verlag
Postfach 44
93337 Riedenburg
F: 09442/92209-66

T: 09442 / 922 090 Besuchen Sie uns: **www.timetex.de**

Für Sie fertigen wir gute Taschen zu guten Preisen!
- Qualitätsbewusst
- Nachhaltig
- Sozialverträglich
- Kundenorientiert

Besuchen Sie unseren neuen Shop:
www.jahn-lederwaren.de

3 in 1
Im 3in1 finden Sie
3x Gutes und Schönes:
Geschenke | Schmuck
Naturkosmetik
www.dreiineins.de


NaturaMed Vitalclinic
Burnout-Kur
Psychosomatik
Depression
Rücken
Abwehr
Essstörungen
Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose
Psychosomatisches Privatkrankenhaus bei Hilfefähig
0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de
akutklinik.de


ZARB *Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen*
Lösung
2 ZARB 4 IST
3 EINFACH 1 GENIAL
Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.
Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.
hans zybura software
Waldquellenweg 52 • 33649 Bielefeld • Fon 0521.9 45 72 90 • info@zybura.com • www.zybura.com

Bestellen Sie noch heute Ihren Schulbedarf…
www.klausurbogen.de

REAL-TOURS S.R.L.
Tel 00 39 / 05 47 / 67 27 27
Fax 00 39 / 05 47 / 67 27 67
Via Bartolini, 12
47042 Cesenatico/Italia
www.real-tours.de
24 h online buchen
E-Mail: Info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2013

Busfahrten nach **Cesenatico** mit Ausflügen ab **Euro 230,00 HP**. 4 oder 6 Übernachtungen mit Ausflügen nach Ravenna, Venedig, San Marino, Urbino.

- **Busfahrten** zur **Toskana-Küste**, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent,** nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**
- **Städtereisen** mit dem Bus, inkl. Ausflüge vor Ort 6 Tage nach **Prag**, 6 Tage **Paris**, 7½ Tage nach **London**, 4 Tage nach **Berlin**, 4 Tage nach **München** (Preise auf Anfrage)
- **Pakete** bei eigener Anreise z.B. per Flugzeug nach Cesenatico, in die Toskana, zum Gardasee, nach Spanien/Katalonien, Barcelona, Madrid, Sevilla.

Nur Hotelunterbringungen bei eigener Anreise sind bei allen in unserem Katalog angegebenen Reisezielen möglich.

Bitte fragen Sie nach unserem aktuellen Katalog 2013.

Einzelheiten zu unseren Reisen, Daten, Preisen und Programmabläufen finden Sie auch im Internet unter **www.real-tours.de**

Weitere Informationen auch bei R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf, Telefon 0 83 22 / 800 222, Telefax 0 83 22 / 800 223.

Unser neuer Service für Schulen…
www.klausurbogen.de

Ihre Anzeige in der
E&W Erziehung und Wissenschaft
rufen Sie uns an: 0201 843 00 - 31

Die Wollmarshöhe
Klinik Wollmarshöhe
Fachkrankenhaus für psychosomatische Medizin
Neue Kurzzeittherapie bei Burn out und Stressfolgeerkrankungen
Akutaufnahme möglich nach § 4 Abs. 4 (Privatversicherer). Einzelzimmerunterbringung, persönliche Atmosphäre, ganzheitliches Therapiekonzept, in Bodenseenähe (Bodnegg).
Für Privatpatienten und Beihilfeberechtigte.
Kostentransparenz und Kostensicherheit: Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.
Kontakt: 0049 (0)7520 927-0
info@klinik-wollmarshoehe.de
www.klinik-wollmarshoehe.de
www.wollmarshoehe.de

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

- **Berlin – Stadtführungen**
- **Schülertouren mit dem Rad, zu Fuß, im Bus**

TRAVEL SITE 030-21805214
www.travelxsite.de


Sichere 7 Jahre
Grüne Rendite aus Wald

GreenAcacia
Ihre Investition in zukünftige Biotope.
- Nur 7 Jahre Laufzeit
- Auszahlungen bereits ab Jahr 1 möglich.
- Bis zu 6 % Rendite p.a.

BaumSparen
Ihre Investition in Wald- und Artenschutz.
- Ab 33 € monatlich oder 360 € jährlich.
- 4 bis 9 % Rendite p.a.

Informationen unter 02 28/943 778-0
www.forestfinance.de
ForestFinance
Wir machen Wald.

Türkische Ägäis – Wiege der Zivilisationen
Kunst - Kultur - Natur in kleiner Pension am Nationalpark am Meer
www.domizil-lina-art.de


MESO

SCHWEDEN - Ferienhäuser - Blockhäuser - Bauernhöfe
100 seitiger Katalog gratis!!!
SÜDSCHWEDISCHE FERIENHAUS-VERMIETUNG
Box 41, S-289 21 Knislinge, Tel. 004644/60655
Fax 004644/61519, E-mail So@ssf-turist.se

www.eurohike.at
EUROHIKE WANDERREISEN

Machen Sie auch mal Urlaub!
Wandern ohne Gepäck – in ganz Europa.
GRATIS INFOLINE (D): **0800 58 89 718**

Studienreise nach London
Buchen Sie beim Spezialisten!
4 Tage Flugreise ab 198 €
CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH
Tel. 05261 2506-1110 | england@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

Geiz ist nicht geil!

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „Fair Childhood“.

// Die Kehrseite von „Geiz ist geil“: In vielen Zulieferfabriken der Elektronikkonzerne wie Apple, Samsung, Dell & Co. arbeiten auch Minderjährige unter schlimmsten Bedingungen. //

Sauber und innovativ – das ist das Image der IT-Branche. Doch es hat Kratzer bekommen: Menschenrechtsorganisationen wie WEED oder Germanwatch berichten immer wieder, dass Arbeiter in chinesischen Fabrikhallen für einen Dumpinglohn täglich zehn bis zwölf Stunden iPods, Spielkonsolen, MP3-Player oder Leiterplatten für Laptops zusammenbauen. Erst im Januar stießen Kontrolleure in einem Zulieferbetrieb von Apple auf 74 Arbeiter, die jünger als 16 Jahre waren. Und das Institut Südwind e.V. in Siegburg kritisiert in seiner aktuellen Studie „Von der Mine bis zum Konsumenten“*, dass viele Metalle in Handys aus Erzen stammen, die Arbeiter – darunter auch Kinder – unter schlimmsten Bedingungen aus dem Boden holen.

Die Folgen eklatanter Arbeitsrechtsverletzungen sind mitunter tödlich: Zuletzt sorgte der mehrere Milliarden Euro schwere Konzern Apple 2011 für Schlagzeilen, als bekannt wurde, dass im Jahr zuvor in einer Fabrik von Foxconn mehrere junge Arbeiter aufgrund des massiven Arbeitsdrucks, der Erschöpfung nach einem im Stehen verbrachten 14-Stunden-Tag, 80 bis 100 Überstunden pro Monat und wegen eines nahezu militärischen Drills in den Fabriken Selbstmord begangen hatten. Foxconn ist mit 1,2 Millionen Beschäftigten einer der größten chinesischen iPad-Zulieferer von Apple; der Konzern stellt aber auch Geräte für HP, Nokia und Dell her. Verätzungen der Haut und Lunge sind in vielen Fabriken an der Tagesordnung, weil Arbeiter ohne Schutzkleidung mit giftigen, oft nicht deklarierten Stoffen hantieren, Leiterplatten oder Touchscreens mit Chemikalien reinigen müssen – und die Abluftanlagen häufig versagen. Doch die Selbstdarstellung der größten Markenhersteller von Handys oder PCs ist eine andere: In ihren Verhaltenskodizes haben die Konzerne solchen Zuständen, wie sie Menschenrechtsorganisationen seit Jahren kritisieren, abgeschworen.



Grafik: dpa

95 Prozent der Jungen und sogar 98 Prozent der Mädchen im Alter von zwölf bis 19 Jahren besitzen ein Handy. Das geht aus einer Ende 2012 veröffentlichten JIM-Studie hervor. JIM steht für Jugend, Information und (Multi-)Media. Die Kehrseite ihres Spielgerätes kennen die Jugendlichen vermutlich nicht: Die miserablen Arbeitsbedingungen, unter denen z. B. Arbeiter in chinesischen Fabrikhallen, darunter auch viele Minderjährige, für einen Dumpinglohn zehn bis zwölf Stunden täglich Teile für ihre liebsten Spielgeräte zusammenbauen.

Immer kürzer und günstiger

Solche Missstände nehmen durch den wachsenden Preisdruck und die Kampfpreisangebote von Media Markt, Saturn, Lidl, Aldi & Co. weiter zu: Immer mehr Menschen wollen ständig zu erreichen sein oder im World Wide Web surfen, kaufen Handys und Rechner – und zwar in immer kürzeren Abständen und zu einem immer günstigeren Preis. Allein in Deutschland sind nach Angaben des Hightech-Verbands Bitkom an die 100 Millionen Mobiltelefone und Smartphones im Einsatz, stehen Computer in fast jeder Wohnung und jedem Büro. Und angesichts der rasenden Entwicklung im IT-Bereich gilt das Handy schon nach zwei, die Digitalkamera nach drei und der PC nach vier Jahren als heillos veraltet.

In Europa und den USA werden die Geräte kaum noch hergestellt. Vielmehr haben die großen Markenkonzerne die Produktion fast vollständig in Billiglohnländer ausgelagert. Unter welchen Arbeitsbedingungen die aus aller Welt stammenden Einzelteile dort zusammengeschraubt werden, weiß hierzulande kaum ein Verbraucher. Dabei wäre ein fair erzeugtes Gerät für den Endkonsumenten in Europa kaum teurer, hat das Ökoinstitut Freiburg errechnet. Der Anteil der Arbeitskosten in Fernost an den gesamten Produktionskosten sei so gering, dass es trotz eines höheren Kontrollaufwands „nicht sehr viel mehr kosten würde, ein faires Produkt anzubieten“, sagt Cornelia Heydenreich. Sie setzt sich bei Germanwatch dafür ein,



Foto: dpa

Immer mehr Menschen wollen ständig zu erreichen sein. Unter welch schlechten Arbeitsbedingungen elektronische Geräte in Billigländern produziert werden, darüber machen sie sich weniger Gedanken.

„faire" Handys und Laptops einzuführen. Laut einer Umfrage ihrer Organisation ist jeder zweite Verbraucher durchaus bereit, zehn Prozent mehr zu zahlen, wenn ihm garantiert würde, dass das Gerät unter sozialen und ökologischen Bedingungen hergestellt worden ist.

Geräte länger nutzen

Allerdings: Das faire Handy oder den fairen Computer gibt es noch nicht. Bislang berücksichtige keine IT-Markenfirma sozialverträgliche Standards in der Produktion, kritisiert der Bundesverband der Verbraucherzentralen in Berlin. Ein Label für faire Elektronik werde es auch so bald nicht geben, sagt Heydenreich. Dennoch könnten Konsumenten bereits heute beim Kauf eines Smartphones oder Computers darauf achten, dass der sozial-ökologische Rucksack des Endgeräts leichter wird – etwa, „indem sie die Endgeräte so lange wie möglich nutzen und diese eher aufrüsten statt gleich wegzuschmeißen". Oder wenn sie im Laden immer wieder nachhaken, unter welchen Bedingungen die Hersteller produzieren lassen. Kommt keine zufriedenstellende Antwort, wird nicht gekauft – oder die Firma belohnt, die soziale Belange stärker berücksichtigt. „Wenn Verbraucher ökonomischen Druck ausüben, kommt das beim Produzenten an", ist Heydenreich überzeugt.

Vielleicht sogar bei Apple. Der Konzern reagierte 2012 auf die Medienberichte und legte erstmals die Namen seiner weltweit wichtigsten 200 Zulieferer offen. Als erster Elektronikkonzern trat er zudem der US-amerikanischen Fair Labor Association (FLA) bei. Damit verpflichtet sich Apple, mindestens fünf Prozent seiner Zulieferfirmen – darunter auch einige Fabriken von Foxconn – von unabhängigen Inspektoren überprüfen zu lassen. 2011 sind die Auditoren laut Apple-Report auf sechs Fälle von Kinderarbeit gestoßen. In zwei Firmen hätten Arbeiter „unfreiwillig" gearbeitet. Apple räumte damals in seinem Bericht zudem ein, dass nur 38 Prozent der Zulieferer die vom Konzern festgesetzte Norm einer maximalen Wochenarbeitszeit von 60 Stunden und einem freien Tag pro Woche eingehalten hätten. Nach dem aktuellen Bericht waren das 2012 schon 72 Prozent. Doch ob sich die Lage für die Arbeiter langfristig verbessert, wird erst der Bericht 2013 zeigen.

Martina Hahn,
Journalistin und Autorin des Buchs
„Fair einkaufen – aber wie?",
Verlag Brandes & Apsel, 4. Auflage 2012

***www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2012/2012-41_Von_der_Mine_bis_zum_Konsumenten._Die_Wertschoepfungskette_von_Mobiltelefonen.pdf**

Wo gibt´s die faire Maus?

Die ersten fairen PC-Mäuse gibt es über das Projekt zur Produktion Fairer Elektronik (PHeFE): www.phefe.de.

fair childhood

GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit



Kindern eine Kindheit geben

Kinderarbeit ist ein **Armutszeugnis** – in doppelter Hinsicht. Sie ist Zeugnis von Armut. Vor allem aber ist sie ein Armutszeugnis **für die internationale Gemeinschaft.**

Machen Sie mit.
Unterstützen Sie Fair Childhood –
GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
BLZ 700 205 00, Konto-Nr. 9 840 000

www.fair-childhood.eu

E&W 05/2013

Ja, ich unterstütze den Kampf gegen Kinderarbeit und spende

_____Euro ☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ jährlich
Zahlungsweise ☐ monatlich ☐ jährlich

Kontoinhaber / Bank

BLZ / Konto-Nr.

Name / Vorname

PLZ, Ort / Straße, Nr.

E-Mail

Ich ermächtige hiermit die GEW-Stiftung, den oben angegebenen Betrag zulasten meines Kontos einzuziehen.

Datum / Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an folgende Adresse:

fair childhood
GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit

Fair Childhood
GEW-Stiftung · Bildung statt Kinderarbeit · Kontakt: Brittney Johnston
Reifenberger Straße 21 · 60489 Frankfurt am Main

„Rentenniveau wieder erhöhen“

(E&W 3/2013, Seite 38: „Vielen Frauen droht Altersarmut“)

Leider fehlt in dem Artikel der Hinweis auf die Auswirkungen der Rentenreformen vergangener Jahrzehnte. Das Absenken der Witwenrente von 60 auf 50 Prozent wird als Förderung der Selbstverantwortung von Frauen schöngeredet. Rente mit 67 und die Riesterrente tun ein Übriges, um das Rentenniveau abzusenken. Betrug die Rente Ende der 1990er-Jahre knapp 70 Prozent des letzten Nettolohnes, so sind es zurzeit nur noch knapp 50 Prozent. Und in den nächsten 15 Jahren soll das Rentenniveau auf nur noch 43 Prozent sinken. Um Altersarmut zu verhindern, muss man das Rentenniveau wieder erhöhen.



Erwin Saint Paul, München

Grundeinkommen für alle

Der deprimierenden und leider auch richtigen Beschreibung jetziger und künftiger Altersarmut folgen die bekannten gewerkschaftlichen Forderungen. Sie sind ja nicht falsch; doch haben wir mit den bisherigen Aktivitäten wenig erreicht. Wir müssen neu denken und einen Kulturbruch wagen: Mindestrente für alle Bürgerinnen und Bürger neben der Rente aus der Grundrentenversicherung. Da können wir uns an der niederländischen Basisrente von zurzeit etwa 1000 Euro für alle Niederländer und Niederländerinnen orientieren. Dies wäre ein Schritt hin zum bedingungslosen emanzipatorischen Grundeinkommen.

Hartwig Gerecke, Bremen

„Sprachmissbrauch“

(E&W 3/2013, Seite 41: „Rücksichtsvollere Jungs – selbstbewusstere Mädchen“)

Mich ärgert immer wieder die Verwendung des Plural-Gebrauches von Junge: „Jungs“. Der Junge wird im Plural zu „Jungen“. Eine am Missbrauch der deutschen Sprache leidende Leserin.

Almut Hübner-Barghoorn (per E-Mail)

Schlagzeile gesucht

(E&W 3/2013, Beilage „Mitmachen lohnt sich!“)



„Organize!“ – Habt ihr auch eine Schlagzeile, von der sich einheimische Kollegen angesprochen fühlen?

Ekkehard Skoring, Berlin

„Föderalistisches System hat versagt“

(E&W 4/2013, Seite 6 ff.: Schwerpunkt „Kooperationsverbot“)

Nach nunmehr 64 Jahren, am 7. März 2013, haben sich die Bundesländer angeblich darauf geeinigt, die Lehrerexamina gegenseitig anzuerkennen. Kaum zu glauben. Wenn sich ein Lehrer aus der Mongolei hier um eine Stelle bewirbt, habe ich dafür Verständnis, dass man prüft, was er studiert hat, aber innerhalb Deutschlands? Dazu kommen noch ungleiche Besoldung, uneinheitliche Studienzeiten, unterschiedliche Grundschulzeiten, verschiedene Schulformen etc.

Wann fangen wir eigentlich damit an, das föderalistische System in der Bildung zu überdenken? Es hat m. E. auf der ganzen Linie versagt. Ich erwarte von meiner Gewerkschaft, dass sie sich auch in dieser Richtung Gedanken macht.

Wolfgang Cericius (per E-Mail)

Erstaufführung von Brundibár

(E&W 4/2013, Seite 38: „Kinderoper: Brundibár und der Kampf gegen das Böse“)

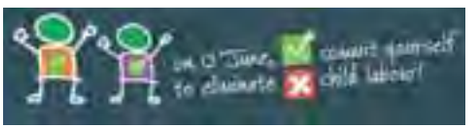


Die Jeunesse musicale hat ganz bestimmt die Kinderoper nicht zum ersten Mal in Deutschland aufgeführt (das war St. Ursula in Freiburg). 1996 fand ebenfalls eine Aufführung in Ludwigsburg statt (Mörike-Gymnasium).

Gabriele Scheiffele (per E-Mail)

„Eine Stunde gegen Kinderarbeit“

Zum Welttag gegen Kinderarbeit am 12. Juni ruft die Bildungsinternationale (BI) mit einem eigens konzipierten Aktionsleitfaden dazu auf, in Lernprozessen Kinderarbeit für eine Stunde zum Thema zu machen.



Aktionen unter dem BI-Motto sind als Beitrag zum GEW-Ideenwettbewerb „Kinderarbeitsfreie Zone“ sehr willkommen. Weitere Informationen unter: http://go.ei-ie.org/childlabour und http://www.gew-ideenwettbewerb.de/

HUK-COBURG neuer GEW-Kooperationspartner

Die GEW hat einen neuen Partner gewonnen und kann den Mitgliedern ein zusätzliches Serviceangebot machen: Seit dem 1. April 2013 gibt es einen Kooperationsvertrag mit der HUK-COBURG. Dieser ermöglicht GEW-Mitgliedern, Versicherungen zur Absicherung gegen Berufs- oder Dienstunfähigkeit zu besonderen Mitgliederkonditionen nach dem GEW-Gruppentarif abzuschließen.

HUK-COBURG Aus Tradition günstig

Die Versicherungen sollen Risiken bis zum Rentenbeginn abdecken. Das empfehlen unabhängige Versicherungsberater und Verbraucherschützer.

Wer eine Versicherung abschließen will, sollte gleich zu Beginn des Beratungsgespräches die GEW-Mitgliedschaft angeben, damit die Vertreterin/der Vertreter die richtigen Tarife anbieten kann.

Das nächste HUK-Kundendienstbüro findet man am schnellsten über die Eingabe der Postleitzahl auf den Internetseiten der HUK-COBURG: www.huk.de.

Die Online-Tochter HUK24 ist nicht Teil des Kooperationsvertrages, sie bietet den GEW-Tarif nicht an.

Klassenfahrt nach Krakau

Auf den Spuren von Oskar Schindler

6 Tage Busreise ab **134 €**

CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH

Tel. 05261 2506-7210 | polen@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

Klassenfahrten in die Vulkaneifel

Naturerlebnis - Spiel, Spaß, Abenteuer und leckeres Essen

www.jugend-huettendorf.de

Dozenten und Mitwanderer gesucht

Wir von www.cevennenwandern.de suchen Menschen, die vor und nach der Pensionierung an Wanderreisen teilnehmen und/oder diese in verschiedenen Teilen Südeuropas organisieren wollen.

Seit 1966

Friesland Charter

Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen

Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP****

Klassenfahrten, Abi- & Studienreisen nach Berlin

www.berlinreisen.de

HISTORISCHE ZEILVAART HARLINGEN

Segeln auf Wattenmeer und IJsselmeer

Traditionelle Segelschiffe mit erfahrener Besatzung. Klassenfahrten ab Harlingen.

Fordern Sie kostenlos unsere Broschüren mit Aktiv-Programm an:

Schipperscoöperatie Historische Zeilvaart Harlingen
Postbus 114, 8860 AC Harlingen, Holland,
Tel.: 0031 - 517 - 413242, Fax: 0031 - 517 - 414654

www.historischesegelfahrt.de

TOSCANA

Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**



Schullandheim im Nordschwarzwald

15 Autominuten von Baden-Baden entfernt liegt unser "Else-Stolz-Heim". Mit 41 Betten bietet es 36 Jugendlichen nebst Betreuern Platz und ist für Selbstversorger mit allem Komfort eingerichtet. In herrlicher Lage, mitten im Wald, nur 400 m von der Schwarzwaldhochstraße entfernt am Unterplättig, genießen Sie einen ungestörten Aufenthalt. Gute Wandermöglichkeiten bis auf über 1000 m Höhe (Badener Höhe) und im Winter Skisportmöglichkeiten. Lifte sind mit dem Bus erreichbar.

AWO Baden-Baden gGmbH Rheinstr. 164 76532 Baden-Baden
Tel. (0 72 21) 36 17-20 Fax (0 72 21) 36 17-50 www.awo-bb.de

Klassenfahrten maßgeschneidert

www.cts-reisen.de

CTS Gruppen- und Studienreisen GmbH

Herforder Straße 75 | 32657 Lemgo | Tel. 05261 2506-0

KLASSEN REISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 • 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

AGARIA TOURS

Fachveranstalter für Pragreisen

Prag? Nur mit uns!

Vor Ort Service:
Wir sind immer für Sie da.



Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

Behutsam die Welt entdecken

- ✓ Fernreisen weltweit
- ✓ Studien- und Begegnungsreisen
- ✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch



www.Alternativ-Tours.de

Alternativ-Tours Wilmersdorfer Str. 94
Tel. (030) 21 23 41 90 10629 Berlin

AMERIKA • ASIEN • AUSTRALIEN

Der Arbeitskreis Schule Rhauderfehn e.V. führt in diesem Jahr folgende begleitete Studienreisen durch:

9. - 13.10.13 St. Petersburg
6. - 18.10.13 Namibia

Informationsmaterial unter
Tel.: 04967/9123-12
oder 04967/253

aksr



Schulfahrt.de

Klasse Reisen

Katalog mit über 300 Seiten gratis bestellen!

☎ 0 35 04/64 33-0
info@schulfahrt.de

Angebot sofort

Klassenfahrten Versailles

mit oder ohne Sprachkurs

ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830

www.reichardt.eu

Klassenfahrten SEGEL- u. SURFKURSE

Mountainbikes, Skating, Beachvolleyball
1 Woche (5 Tg.) Kurs + Vollpension € 169,-
1 Woche (5 Tg.) Kurs + Übernachtung € 129,-
Je 12 Personen - 1 Begleiter frei

anerkannt vom DSV
anerkannt vom DMYV
Mitglied im VDS

03.10.-30.04.
5 Tage Übernachtung/ Vollpension 79,- €

www.ostwind.com

OSTWIND SEGELSPORT GmbH
Am Brackstock, 24321 Hohwacht/Ostsee
Tel. 0 43 81 - 90 51 - 0, Fax 90 51 - 10, info@ostwind.com

CJD MALENTE –BILDUNGSZENTRUM–

Erlebnis–Klassenfahrten nach Malente / Holsteinische Schweiz

Teamentwicklung für Schulklassen:
- Selbstvertrauen und Körperbeherrschung
- Training im Hochseilgarten Malente
- Ein Tag im Outdoor–Camp / GPS–Rallye

Infos, Flyer und Präsentationshilfen:	Godenbergstr. 7b, 23714 Malente Fon 04523 / 9916-0, Fax / 9916-16	www.cjd-malente.de info@cjd-malente.de

LONDON

www.s-e-t.de
Tel: 0421–308820

S-E-T

• Top-Hotels • Top-Programm • inkl. Oxford

Der Spezialist für Klassenfahrten England

• Shakespeare at the Globe

Diesmal



Cartoon: Hogli